

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (E. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Zeitspalte oder deren Raum 30 A
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft!

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftsmitglieder!

Das Anwachsen der Arbeiterbewegung auf politischem wie gewerkschaftlichem Gebiete, das seit dem Nachlassen der Krise in ganz Deutschland in so machtvoller Erscheinung tritt, liegt dem Unternehmertum und den reaktionären Parteien im Reiche arg auf den Nerven.

In dieser Situation erscheinen den Scharfmachern und der Regierung die Unruhen in Moabit geeignet, Wasser auf ihre reaktionären Mühlen zu leiten.

„Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie, Streik- und Zuchttausgesetze gegen die Gewerkschaften!“

So heulen die bezahlten Scharfmacherorgane von der „Post“ bis zur „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, von den „Hamburger Nachrichten“ bis zur „Norddeutschen Allgemeinen“, die jedem Reichstagskammer ihr „Stück weißes Papier“ gesinnungslos zur Verfügung stellen.

Die Vorgänge in Moabit sind bekannt. Infolge Parteinahme der Polizei für die Streikbrecher und den Unternehmer gegen streikende Lohnarbeiter entstanden gelegentlich der durch berittene Polizisten geschützten Kohlentransporte Ansammlungen, bei denen der großstädtische Janhagel, der sonst bei Paraden und dergleichen jöhlt, gemeinsam mit einer Anzahl halbwüchsiger Jungen Ulk und Nadau machte. Die bekannte Art, in der die Berliner Polizei bei solchen Anlässen eingreift, indem sie förmliche Hetzjagden gegen friedliche Zuschauer oder ruhig ihres Weges gehende Arbeiter und Bürger veranstaltet, erbitterte die ganze Bevölkerung der betreffenden Stadtgegend und forderte sie förmlich zu Demonstrationen gegen die Polizeivillkür heraus. Die Polizei trieb es so arg, daß dieselbe Presse, die erst nicht genug tun konnte in Verhimmelungen der Polizei und Schmähung des „Fehls und Janhagels“, jetzt Tag für Tag von Ärzten, Beamten, Arbeitern, Vertretern der Presse Klagen veröffentlichten muß über ungläubliche Ausschreitungen der Schutzleute in Uniform und Zivil.

Trotz alledem lügen die Scharfmacherorgane: In Moabit handelte es sich um den „Anfang der Revolution“, die „Unruhen waren von den organisierten Arbeitern vorbereitet“. — Die Berichte der Polizei selber konstatierten gleich in den ersten Tagen das Gegenteil! — „Die sozialistische Jugendorganisation hat ihre Leute zu den Krawallen kommandiert!“ usw. Eine Schwindelnachricht löst die andere ab!

Man will die Bevölkerung im ganzen Reiche mit dem „roten Lappen“ graulich machen! Man will sie in Angst versetzen, um sie den reaktionären Zwecken dienstbar und gefügig zu machen.

Den großen Unternehmern, den Zechen- und Kohlenbaronen sind starke, ruhig wachsende Gewerkschaftsorganisationen ein Grauel, weil solche sie in ihrer schrankenlosen Ausbeutung hindern; den reaktionären Parteien und ihrem Werkzeuge, der Regierung, sind starke sozialdemokratische Organisationen verhaßt, weil diese sie hindern, ihre politische Macht uneingeschränkt zur Schröpfung und Unterdrückung der breiten Volksmassen zu benutzen. Darum ihre ewige Sehnsucht, die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen mittels Ausnahmegesetzen zu erwürgen.

Statt eines freien Wahlrechtes in Preußen — Streik- und Zuchttausgesetze gegen die Arbeiter!

Das droht für die nächste Zukunft!
Arbeiter! Diese nichtswürdigen Pläne müssen vereitelt werden!

In Massenversammlungen muß die ganze Bevölkerung aufgeklärt werden über diese hinterlistigen Absichten der Scharfmacher!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Polizei bei jedem Streik für die Unternehmer eintritt und durch Massenaufgebot von Polizeiorganen, das angeblich dem Schutze der

Streikbrecher dienen soll, die Streikenden hindert, ihre gesetzlichen Rechte auszuüben!

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß die Streikbrecher, die vielfach vorbestrafte, gewalttätige Elemente sind, mit Waffen ausgerüstet werden, mit denen sie die Streikenden und die öffentliche Sicherheit gefährden.

Es ist Protest dagegen zu erheben, daß Vorgänge wie in Moabit, deren Ursachen in dem Verhalten der Polizei bei Streiks zu suchen sind, dazu herhalten sollen, die Notwendigkeit von Ausnahmegesetzen gegen Streikende, das heißt gegen die Gewerkschaften, zu begründen.

Nur eine Aenderung des Verhaltens der Polizei bei Streiks wird Krawalle wie in Moabit verhindern. Nicht gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sondern gegen die Uebergriffe der Polizei sind Gesetze notwendig!

Arbeiter! Wir rechnen auf Euch! Tut Eure Schuldigkeit! Der neue Anschlag der Reaktion muß mit aller Wucht abgeschlagen werden!

Berlin, den 8. Oktober 1910.

Der Parteivorstand.

Die Generalkommission der Gewerkschaften.

Der Krieg auf den Seeschiffswerften ist brennd; es lebe der Krieg!

Die schnelle Entwicklung der Unternehmerverbände und das kühne Auftreten ihrer Führer mit provokatorischen Drohungen hatte an manchen einflussreichen Stellen in der Gewerkschaftsbewegung die Auffassung reifen lassen, die erfolgreichen Gewerkschaftsaktionen gehörten der Vergangenheit an. Das einzige Heil sah man nur noch in der Beseitigung der örtlichen Initiative und Selbstbestimmung der Organisationsmitglieder; in der Verschmelzung der Organisationen, um die Verwirklichung von dem Willen der Mitglieder unabhängig zu machen; in zentralen Tarifverträgen, Schiedsgerichten usw. Nun sind zwei große Unternehmeraktionen, welche die Arbeiter zu Paaren treiben sollten, siegreich abgewehrt, die große Aussperrung der deutschen Bauleute und die Aussperrung der Werftarbeiter. Die dritte angedrohte, noch viel größer beabsichtigte Aussperrung der Metallarbeiter, womit man den Werftgewaltigen zu Hilfe kommen wollte, hat man erst gar nicht gewagt. Hoffentlich ist damit das Eis endgültig gebrochen und der Kleinmut in der Gewerkschaftsbewegung verjagt.

Das Scharfmachertum hat eine Position verloren. Das verhehlen sich auch die Scharfmacherorgane nicht. Allen voran die blutrünstigen „Hamburger Nachrichten“ beklagten diese verlorene Position bitter, indem sie gegen jene bürgerlichen Blätter polemisierten, die in der Unterlassung der Metallarbeiteraussperrung eine „glückliche“ Wendung sahen. Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben:

„Ein Kampf, über dessen verheerende Wirkungen sich kein einigermaßen Nachdenkender im unklaren sein kann, ist vermieden worden; wer sollte sich darüber nicht freuen? Ja, wir würden selbstverständlich mitten unter diesen froh aufatmenden stehen, wenn wir die Ueberzeugung gewinnen könnten, daß dieser Friedensschluß wirklich das bedeutet, was die darüber so Erfreuten voraussagen, nämlich die Abwendung des Kampfes. Aber weil wir diese Ueberzeugung nicht hegen können, weil wir mit Bestimmtheit voraussehen, daß der Kampf sich unter Verhältnissen, die für die Lage unserer nationalen Wirtschaft sehr viel ungünstiger, vielleicht verhängnisvoll sein werden, erneuern muß, darum können wir die Befriedigung, die an so vielen Stellen über die neue Wendung geäußert wird, nicht teilen. Und um das von Anfang an in der Deffentlichkeit, die in solchen Dingen nicht durchweg klar sehen kann, deutlich hervorzuheben, halten wir es für notwendig, offen und ehrlich auszusprechen, daß wir in Wahrheit einer Niederlage der Arbeitgeber gegenüberstehen, die nicht beschönigt werden kann.“

Das könnte nun freilich so aufgefaßt werden, und es ist, wie wir wahrnehmen, hier und da so aufgefaßt worden, als ob wir den Arbeitgebern, die die Verantwortung für diesen schwerwiegenden Entschluß auf sich genommen haben, einen Vorwurf daraus machen wollten, und als ob darin der

Schwerpunkt unserer Ausführungen liege. Das ist jedoch nicht der Fall. Wir haben nur die Tatsache festgestellt, daß die Nachgiebigkeit der Arbeitgeber im wesentlichen einer Ueberzeugung und Stimmung entsprang, die durch die schwache Haltung der Regierung begründet wurde. Nur darin können wir unsere Behauptung noch ergänzen und in gewissem Sinne berichtigen, daß die Straßenunruhen in Moabit zwar die letzte und entscheidende, aber nicht die alleinige Ursache für die Haltung der Arbeitgeber bildeten. Das Vertrauen in die Regierung war schon seit längerer Zeit ins Wanken geraten, und die Zugeständnisse, die den Arbeitern gemacht worden sind, waren in ihren allgemeinen Umriß schon vor vier Wochen festgestellt. Es wird uns dazu noch von unterrichteter Seite geschrieben:

„Daß diese Zugeständnisse unter dem Eindruck einer allgemeinen Niedergeschlagenheit der Arbeitgeber gemacht worden sind, kann nicht bestritten werden. Diese Niedergeschlagenheit ist die Folge der Haltung der Regierungen, deren maßlose Sucht nach Versöhnung zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt hat. Dann kam die Einmischung der Regierungen in die Differenzen des Baugewerbes, die unter dem Deckmantel der Friedensstiftung nichts weiter war als eine Intervention der Regierungen zugunsten der Arbeiter; denn die Arbeitgeber haben damals unter der allerdings nicht offiziellen, aber in der Luft liegenden Drohung, daß bei weiterem Widerstand ihrerseits alle öffentlichen Bauten den Unternehmern genommen und in Regie fertiggestellt werden würden, nachgegeben. Auch bei einer Aussperrung in der Metallindustrie, falls sie über ganz Deutschland ausgedehnt würde, müßte mit einer Intervention der Regierungen zugunsten der Arbeiter gerechnet werden, und da die Reichs- und Staatsregierungen sowie die Gemeindefürsorge und die vielen sonstigen öffentlichen Behörden in großem Umfange die Auftraggeber der Metallindustriellen sind, so kann die Gesamtheit der beherrschlichen Auftraggeber einen Druck auf die Metallindustrie ausüben, dem diese nicht widerstehen kann. Es sieht ja nicht fest, daß die Behörden diesen Druck ausgeübt hätten, aber es fehlte der Industrie das Vertrauen, daß es nicht geschehe. Dieses mangelnde Vertrauen ist durch die zaghafte Niederwerfung der Moabiter Revolte noch verstärkt worden.“

Soweit unsere Zuschrift. Auf einige andere Punkte werden wir noch gelegentlich zurückkommen. Wir sind überzeugt, daß die Arbeitgeber unter den gegebenen Umständen nicht anders handeln konnten, weil sie unter dem Druck einer Notwendigkeit standen. Aber diese Notwendigkeit war weniger wirtschaftlicher als politischer Natur; sie beruhte auf der Erkenntnis, daß ihnen der Rückhalt an der Staatsgewalt fehlte. Und damit kommen wir auf das zurück, was wir schon ausgeführt haben. Es wird nicht gefordert, daß der Staat sich von vornherein auf die Seite der Arbeitgeber stelle, ebenso wenig wie auf die der Arbeiter. Aber das kann wohl verlangt werden, daß die Regierung in jedem Einzelfalle richtig sieht, auf welcher Seite und auf welchem Wege im Interesse des Ganzen das Wohl der gesamten Volkswirtschaft am besten gewahrt wird, und daß sie, wenn das mit dem nötigen Weitsicht geschehen ist, für das als richtig Erkannte auch ihre ganze Autorität einsetzt.“

Natürlich verfolgt das genannte blutrünstige Scharfmacherblatt nicht nur den Zweck, einzugestehen, daß die Scharfmacher eine Position verloren haben, sondern es gesteht diese Tatsache nur ein in der Absicht politischer Meinungsmache gegen die Arbeiter. Darauf antwortet ein Mitarbeiter der „Kölnischen Zeitung“ und schreibt über das Ausbleiben der Metallarbeiteraussperrung:

„Ich habe immer wieder nur die eine Erklärung für die widersprechend eingeräumten Zugeständnisse an die Arbeiter gehört, daß man mit dem Einlenken der Organisationen im Hinblick auf die ihnen auferlegten Riesenofer der angedrohten Aussperrung gerechnet habe. Von dem Moment aber, wo die Arbeiter entschlossen waren, volle vierzehn Tage auf jede Entschädigung aus den Verbandskassen zu verzichten und auch sonst alle irgend erforderlichen Opfer zu bringen, entstand die Befürchtung, daß die Aussperrung, wenn sie nicht gerade über viele Wochen ausgebeutet werden könnte, sich als unwirksam zur Durchdrückung des Standpunktes der Werften erweisen und obendrein die Metallindustrie und damit weitere Teile der deutschen Volkswirtschaft zu einem Zeitpunkt ansteigender Konjunktur und scharfen Auslandswettbewerbs in ihren Tiefen erschüttern würde. Daß diese Erklärung die einzig zutreffende ist, kann im Ernst nicht geleugnet werden; das erhellt auch klar aus der Tatsache, daß man der Kommission des Metallarbeiterverbandes erst dann so recht eigentlich entgegenkam, als der erwähnte Beschluß der Arbeiter zu der Aussperrung gefaßt worden war, während man noch lange nach Abschluß der Moabiter Vorgänge nicht daran dachte, so weit entgegenzukommen, wie es dann später tatsächlich geschehen ist.“

Mag aber das eine oder andere Blatt recht haben, weshalb die angedrohte Aussperrung nicht durchgeführt

ist, aus den Ausführungen beider geht hervor, daß, wie wir sagten, die Scharfmacher eine Position verloren haben.

Das haben auch die lange grausam geschundenen und dann obendrein noch ausgesperrten Lohnsklaven der Seeschiffswerften sofort empfunden und in geschickter Weise taktisch verwertet. Eine Konferenz der Werftarbeiter, die zu den in unserer vorigen Nummer mitgeteilten Vereinbarungen am 6. Oktober Stellung nahm, stimmte den Abmachungen nur unter Annahme der nachstehenden Resolution zu:

„Die heutige Konferenz der Werftarbeiter ist der Meinung, daß die gemachten Zugeständnisse kaum geeignet sind, den Frieden auf den Werften dauernd zu gewährleisten; daß vielmehr hierzu eine umfassende Sicherung der Arbeitsverhältnisse auf den Werften gehört. Da diese Sicherung nur durch Beseitigung der vielfach bestehenden Mißstände erfolgen kann, erachtet die Konferenz die Behandlung der in den Verhandlungen auf zentraler Grundlage nicht berührten, rein örtlichen Differenzpunkte in örtlichen paritätisch zusammengesetzten Kommissionen dringend geboten.

Als Voraussetzung für die Herbeiführung des Friedens betrachtet die Konferenz die Wiedereinstellung aller an den Streiks und Aussperrungen beteiligten Arbeiter ohne Benutzung des Arbeitsnachweises und Sicherung ihrer Anteile an den durch den Kampf unterbrochenen Afforden.

Unter diesen Voraussetzungen stimmt die heutige Konferenz den Zugeständnissen der Seeschiffswerften zu und empfiehlt sie den Werftarbeitern aller Orte zur Annahme.

Die Konferenz wünscht ferner dringend, daß das Zugeständnis in bezug auf die Arbeitszeit eine Verkürzung der jetzt bestehenden Arbeitszeit um eine Stunde vom 1. Januar 1911 auf allen zur Gruppe Deutscher Seeschiffswerften gehörigen Betrieben bedeutet und daß die Festsetzung der Einstellungs-löhne am 1. November 1910 beendet ist.“

In den Werftorten fanden sich nur geringe Majoritäten für die Annahme der Vereinbarungen, und an manchen Orten stimmte nur eine Minorität dafür. Nichtsdestoweniger schickten sich die Kämpfenden allerwärts an, die Arbeit wieder aufzunehmen; da wurden sie meist allerwärts von den Werftgewaltigen geradezu vor den Kopf gestoßen, indem die Werftgewaltigen vorkamen, von den in obiger Resolution festgelegten Bedingungen der Arbeitsaufnahme nichts zu wissen. Das führte sofort die nochmalige Niederlegung der Arbeit herbei.

Natürlich nahmen dies die Scharfmacherorgane sofort wieder zum Anlaß, zu heulen: „daß die Leitung der Bewegung in Wirklichkeit den Händen der bisherigen Führer entglitten ist . . . daß der Radikalismus in der ganzen Arbeiterbewegung mehr und mehr die Oberhand gewinnt“ usw. Damit haben sich die Werftarbeiter erdreistlicher Weise aber nicht ins Vorhorn jagen lassen. Sie haben ihre Führer dazu bestimmt, nochmals zu verhandeln, und diese Verhandlungen haben dann in der vorigen Woche stattgefunden und zu dem nachstehenden Resultat geführt:

Die Wiederaufnahme aller an dem Streik und der Aussperrung beteiligten Arbeiter erfolgt an einem noch festzusetzenden Tage.

Den auswärtig befindlichen Arbeitern soll es gestattet sein, sich innerhalb einer Woche von dem noch festzusetzenden Tage an durch mündliche oder schriftliche Meldung zur Wiederannahme vormerken zu lassen.

Wer sich innerhalb dieser Zeit nicht gemeldet hat, geht der direkten Annahme durch seinen früheren Arbeitgeber verlustig und hat sich an den Arbeitsnachweis zu wenden.

Die rechtzeitig angemeldeten Arbeiter werden auf ihren früheren Arbeitsstellen, soweit es die Betriebsverhältnisse gestatten, ohne Benutzung des Arbeitsnachweises bis Ende Oktober sämtlich wieder eingestellt, und zwar beabsichtigen die Werften, das in drei bis vier Tagen von dem noch festzusetzenden Tage an auszuführen.

Die rechtzeitig angemeldeten Arbeiter werden die Werften ohne irgend welches Präjudiz (einmalige Ausnahme für diesen Fall) in die alten Afforde eintreten lassen und ihnen die in Frage stehenden Affordüberschüsse nach Fertigstellung der betreffenden Afforde auszahlen.

Falls angefangene Afforde in der Zwischenzeit durch andere Arbeitskräfte fertiggestellt sein sollten, soll den wieder angenommenen Arbeitern der sich ergebende Ueberdienst nach Maßgabe derjenigen Zeit ausbezahlt werden, während welcher sie an diesen Afforden tätig gewesen sind.

Das gleiche Recht sollen diejenigen Arbeiter erhalten, welche bei Wiedereröffnung der Betriebe in Rücksicht auf die Betriebsverhältnisse in ihre frühere Arbeitsstelle nicht wieder eingestellt werden können.

Solange als eine Werft ihre streifenden oder ausgesperrten Arbeiter noch nicht in allen Kategorien sämtlich wieder eingestellt hat, wird sie bei einer Kategorie, in welcher noch nicht alle Arbeiter wieder eingestellt sind, nicht andere Arbeiter durch den Arbeitsnachweis einstellen. Diese Zusage erlischt mit dem 15. November 1910.

Bei Wiederannahme der Arbeiter wollen die Werften sich mit einer dazu von den Arbeitern gewählten Kommission in Verbindung setzen zwecks leichter Durchführung der Wiederaufnahme der Arbeit durch die verschiedenen Arbeiter.

Hamburg, den 14. Oktober 1910.

Gezeichnet:

E. Garvens.

Alexander Schlicke.

Ohne diese nachträglichen Vereinbarungen hätten die früheren Zugeständnisse bei der Eigenart der Werftbetriebe tatsächlich „in Gottes Hand gelegen“, was in diesem Falle soviel bedeutet, als in der Willkür der Werftgewaltigen. Zeigen doch diese nachträglichen Ver-

einbarungen ziemlich offen, wie schauerhafte Zustände auf den Seeschiffswerften existieren. Daß das Arbeitsverhältnis gelöst werden kann, ohne den Affordüberschuß auszuzahlen, was soviel bedeutet, als der Arbeiter wird um sein sauer verdientes Geld vom Kapitalisten geprellt, ist jedenfalls die Höhe.

Allein, wenn diese nachträglichen Vereinbarungen gewissenhaft durchgeführt werden, dann haben die Werftarbeiter in allen Werftbetrieben das Recht der Initiative und der Selbstbestimmung. Sie dürfen sich dabei besser stehen, als wenn sie durch einen Tarifvertrag geknebelt und einem Schiedsgericht unterworfen wären. Nur darf die Bewegung nicht wieder einschlafen, und das werden die Werftarbeiter zu verhindern wissen und die gewonnene Position gehörig ausnützen. Unsere Sympathie haben sie dabei.

Was wird aber mit den Metallarbeitern, denen man mit der Aussperrung gedroht hat? Es ist kaum anzunehmen, daß die große Erregung und Erbitterung, die diese freche Drohung unter den Metallarbeitern ausgelöst hat, nicht zu vorwärts drängenden Taten führt. Und Schaden könnte es den schamlosen Ausbeutern nichts, wenn ihre Absicht, die Arbeiter niederzuhungern, zum Anlaß wird, daß die hungernden Lohnsklaven den Spieß umkehren. Wie sich weiterhin aus einer Anzahl Artikeln ergibt, leben wir ohnehin in einer recht sonderbaren Situation. Der Arbeitsmarkt wird günstiger, die Lebensmittelpreise steigen, der Unternehmerprofit ist im Steigen begriffen und die Lohnneinkommen der Arbeiter sinken! Eine Situation, die von selbst die Parole gibt: Es lebe der Krieg!

Ehrendoktoren.

Th. Berlin, 16. Oktober.

Drei Tage lang ist eine Feierlichkeit der andern gefolgt, um die Erinnerung an das hundertjährige Bestehen der Berliner Universität in möglichst weite Kreise zu tragen. Reden sind gehalten worden eine um die andere. Und alle Reden strotzten vor Begeisterung für die Freiheit der Wissenschaft und ihre Verdienste. Aus Dutzenden von auswärtigen und ausländischen Universitäten waren Vertreter erschienen und brachten Grüße und Anerkennung. Alles schwamm in Wonnen. Daß die Berliner Universität jederzeit der felsenfeste Hort der freien Wissenschaft, uneingeengter Forschung und geistiger Selbständigkeit war, ist und sein wird, wurde als so selbstverständlich vorausgesetzt, daß sich niemand erst bemühte, die Richtigkeit dieser Voraussetzung zu beweisen. Und doch wäre dieser Nachweis dringend nötig gewesen.

Die Berufung auf die Tatsache, daß die Gründer der Universität vor hundert Jahren, wie Humboldt, Fichte und Schleiermacher, allerdings die neue Hochschule als Führerin und Bahnbrecherin betrachtet wissen wollten im Kampfe für die geistige und politische Freiheit, genügt nicht. Hundert Jahre sind ein langer Zeitraum. Die Zeiten ändern sich schnell und die Geister mit ihnen. Niemand wird in Abrede stellen, daß viele glänzende Leuchten der Wissenschaft auf den Lehrstühlen der Berliner Universität gesessen haben, und die Arbeiter wissen, daß auch Marx, Lassalle und Heinrich Heine zu den Studenten der Berliner Universität gehörten. Aber nebenbei gibt es auch manches schwarze Blatt in der Geschichte dieser Hochschule. Es war sicherlich keine Ruhmestat, als im Herbst 1848, nachdem Friedrich Wilhelm IV. den ersten Landtag auseinandergelagt hatte, achtzig Berliner Professoren eine Dankadresse an den König unterzeichneten, in der sie die Volksvertretung, die einzige, die Preußen auf Grund der geheimen Wahl gehabt hat, schmähten, sie hätte „die Ehre der Nation geschändet“. Es war ferner keine Ruhmestat, als das Professorenkollegium vor einigen Jahren die Entfremdung seines Kollegen Leo Arons duldete. Die Wissenschaft und ihre Lehre sollen frei sein, steht in der preussischen Verfassung. Wenn aber ein Physiker wie Genosse Arons sich offen zur Sozialdemokratie bekennt, darf er nicht Privatdozent bleiben. Die Professoren haben zwar damals Protest gegen die Maßregelung erhoben, doch von dem einzigen wirksamen Mittel, das den reaktionären Anschlag unichte gemacht hätte, nämlich von der Androhung, ihre Ämter niederzulegen, wenn es gewagt werden sollte, in dieser brutalen Weise die Freiheit der persönlichen Ueberzeugung und die Rechte der Wissenschaft anzutasten, haben die vorsichtigen Herren keinen Gebrauch gemacht.

Bei der Hauptfeier hat auch Wilhelm II. eine Rede gehalten, die offenbar sorgsam vorbereitet war und die er gegen seine sonstige Gepflogenheit vom Blatte abgelesen hat. Er pries darin die Universität als Hochburg der Wissenschaft, sagte sein Protektorat zu für eine Gesellschaft, die sich die Errichtung von Forschungsinstituten zur Aufgabe stellt, teilte mit, daß für diesen Zweck bereits neun bis zehn Millionen Mark ihm von Privatpersonen zugesichert seien und gab dann der Universität folgenden Wunsch mit auf den Weg ins neue Jahrhundert:

„Möge sie in treuer Erinnerung an die Zeit ihres Entstehens ihren preussisch-deutschen Charakter

bewahren! Wohl ist die Wissenschaft Gemeingut der ganzen zivilisierten Welt, und ihre Errungenschaften machen heute vor keinem Grenzpfahl mehr halt. Und dennoch — wie jede Nation ihre Eigenart bewahren muß, wenn sie eine selbständige Existenz und ihren Wert für das Ganze behaupten will — bleibe sich die Alma mater Berolinensis stets bewußt, daß sie eine deutsche Universität ist. . .“

Auf die Anfechtbarkeit der Behauptung, eine Nation könne nur dann ihre Selbständigkeit und ihren Wert fürs Ganze halten, wenn sie ihre Eigenart bewahre, sei nicht weiter eingegangen. Der „Wert fürs Ganze“ liegt bei jeder Wissenschaft vielmehr in den Forschungsergebnissen, die allen zugute kommen und von denen Wilhelm II. selbst sagt, sie seien nicht mehr an einen Grenzpfahl gebunden. Noch widerspruchsvoller ist die Aufforderung, die Berliner Universität solle einmal ihren preussisch-deutschen Charakter bewahren und dann sich stets bewußt sein, daß sie eine deutsche Universität ist. Die beiden Begriffe preussisch-deutsch und deutsch sind zum Glück noch nicht gleichbedeutend. Sobald von preussisch-deutsch geredet wird, denkt man an Polizeiwillkür, an landräulichen Absolutismus, wie er soeben erst in dem Prozeß des freisinnigen Rittergutsbesizers Becker gegen den Landrat v. Maßahn im pommerischen Kreise Grimmen zum Ausdruck gelangt ist, an die volksauszungernde Junkerpolitik, an Klassenjustiz wüster Art, an die Dreiklassenfesseln, an das Reserveleutnant-Unwesen — kurz an Dinge, die der „deutschen Eigenart“ wahrlich nicht zum Ruhme gereichen. Der Begriff preussisch-deutsch ist keine Verstärkung des Begriffs deutsch, sondern eine Einschränkung, eine teilweise Aufhebung desselben. Wenn ein Wunsch aussichtsvoll wäre, dann dürfte es nicht der sein, die Berliner Universität möge ihren preussisch-deutschen Charakter, den sie bereits viel zu sehr angenommen hat, bewahren, sondern sie möge ihn abstreifen. Es wäre allerdings vergeblich, diesen Wunsch zu äußern; denn erst müßten die politischen Verhältnisse in Preußen sich gewaltig verändert haben, erst müßte die Reaktion erschlagen am Boden liegen, ehe eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten ist.

Der Glanzpunkt der Jubelfeier bestand in der Zuerkennung der Diplome als Ehren-Doktoren der Berliner Universität an verschiedene Personen. Die philosophische Fakultät ernannte ein volles Viertelhundert solcher Ehren-Doktoren, die juristische 20, die medizinische 13 und die theologische 15. Unter den juristischen Ehren-Doktoren finden wir Wilhelm II., Prinz Ruprecht von Bayern, den ultrareaktionären Unterstaatssekretär im preussischen Kultusministerium Philipp Schwarzkopff und den Berliner Oberbürgermeister Martin Rirschner. Die philosophische Fakultät verteilte den Ehrendoktorhut unter anderm an den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, an den Staatsminister Delbrück, an den Reichstagspräsidenten Graf Hans von Schwerin, an den russischen Großfürsten Nicolaï Michailowitsch und an Frau Cosima Wagner in Bayreuth, die Witwe des großen Komponisten Richard Wagner. Die Mediziner erkannten die Würde unter anderm zu dem früheren Finanzminister v. Rheinbaben, dem Maler Hans Thoma in Karlsruhe, dem Vize-Oberzeremonienmeister Botha von dem Riesebeck. Und die Theologen ehrten mit dem Diplom unter anderm den Kultusminister Trott zu Solz. Im ganzen befanden sich unter den 73 neuen Ehren-Doktoren 23 Ausländer: Russen, Engländer, Oesterreicher, Italiener, Franzosen, Amerikaner, Schweizer, Dänen, Finnen, Holländer. — Das Diplom für Wilhelm II. hat in deutscher Uebersetzung — es ist natürlich nach preussisch-deutscher Eigenart lateinisch verfaßt — folgenden Wortlaut:

„Den Kaiser des Deutschen Reichs und König von Preußen Wilhelm II., der durch 22 Jahre das Szepter des Reiches mit hehrer Hand hielt, der durch Erlassung weittragender Gesetze für das Wohl Deutschlands und Preußens weise und gerecht vorfargte, durch dessen machtvollen Einfluß das heißersehnte Bürgerliche Gesetzbuch nach jahrhundertlanger Arbeit erschien, ernenne ich zum Doktor beider Rechte.“

Als Wilhelm II. die Würde angenommen hatte, dankte ihm Professor Kohler als Dekan der juristischen Fakultät mit den Worten: „Daß Se. Majestät die Würde eines Doktor beider Rechte in Gnaden anzunehmen geruht haben, betrachten wir mit ehrerbietigem Danke als eine der ganzen Universität erwiesene Auszeichnung und Ehre.“ — Das darf man so ungefähr als echt „preussisch-deutsch“ bezeichnen. Bisher war man gewöhnt, daß die Wissenschaft sich erhaben fühlte über alle Personen und Einrichtungen. Sie soll höher stehen als irgendwer und irgendwas. Deshalb glaubte man auch, die Universität als Vertreterin der gesamten Wissenschaft ehre den, dem sie den Titel eines Ehren-Doktors verlieh. Nun erfahren wir das Gegenteil. Für alle andern Ausgezeichneten gilt zwar das eben Gesagte. Nur beim Kaiser liegt es umgekehrt. Nicht er wird geehrt durch Zuerkennung des Dokortitels, sondern er ehrt die Universität dadurch, daß er den Titel an ihm t.

Warum auch nicht! Die preußisch-deutsche Gelehrtenzunft, wie sie nun einmal ist, hat schon ganz andere Widersprüche ohne Schaden für ihre leibliche Gesundheit verschluckt; da kommt es auf einen mehr oder weniger nicht mehr an. Wissenschaftliche Verpflichtungen legt ja die Ehren-Doktorchaft dem also Ausgezeichneten nicht auf. Sonst würde die Frage nahe liegen, ob nicht Wilhelm II. als juristischer Ehren-Doktor die wissenschaftliche Begründung formulieren möchte für seine Auffassung, er habe die Königswürde von Gottesgnaden, sei ein Instrument in der Hand des Himmels und werde trotz der Verfassung seine eigenen Wege gehen. Doch es ist nicht Sache des Volkes, sondern der Berliner Professorenzunft, derartige Probleme zu beantworten. Und wenn wir in dem Ehrendiplom für den Reichskanzler lesen, ihm sei der Dokortitel verliehen worden, weil sein Großvater Moritz v. Bethmann-Hollweg ein berühmter Jurist der Berliner Universität gewesen sei, er selbst aber durch sein tiefes und einbringendes Wissen und seine gewandte und elegante Beredsamkeit zu den „sympathischsten Rednern aller Kulturböller“ zähle, dann verbraucht gar schnell aller Anmut und macht jener gelassenen Heiterkeit Platz, die allein die richtige Gemütsstimmung ist, mit welcher wir Offenbarungen der preußisch-deutschen Wissenschaft auf politischem Gebiete aufzunehmen haben. — Amen.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

A. C. Es ist das erstmal im laufenden Jahre, daß der Andrang am gewerblichen Arbeitsmarkte nicht allein hinter dem vom Jahre 1903, sondern sogar auch hinter dem vom Jahre 1904 zurückbleibt. Damals hatte der Monat September keine so kräftige Herbstbelebung gebracht wie der September dieses Jahres. Nach den an den Arbeitsmarkt berichtenden öffentlichen Arbeitsnachweiser kamen auf je 100 offene Stellen im August 1904 115,9, im September desselben Jahres 108,9 Arbeitsuchende. Der Andrang ging demnach um 7,0 zurück. In den entsprechenden Monaten dieses Jahres sank der Andrang von 116,7 auf 107,7; er nahm also um 9,0 ab. Im Vergleich zum Jahre 1897, das genau wie 1904 und 1910 das zweite Jahr der Erholungsperiode war, hat ebenfalls der Monat September zum erstmal eine Besserung gebracht. Im vergangenen Jahre betrug der Andrang 120,8; die Erleichterung des Andranges gegenüber 1909 ist im September gleich groß geblieben wie im August. Wieder hat die Arbeitsgelegenheit im Vergleich zum Vorjahre äußerst kräftig zugenommen; die Vermehrung der offenen Stellen gegenüber September 1909 war größer als die Zunahme des Angebots. Ein wenig verschiedenes von der Besserung am Arbeitsmarkt für Männliche war die am Arbeitsmarkt für Weibliche, im Vergleich zum Vorjahre. Während bei den Männlichen der Andrang im August um 19,10 hinter dem vorjährigen zurückblieb, beträgt die Erleichterung im September nur 18,75. Bei Weiblichen dagegen ist die Besserung von 4,94 im August auf 5,47 im September gestiegen. Eine recht kräftige Herbstbelebung machte sich im Berichtsmontat am Arbeitsmarkt für Bauarbeiter bemerkbar. Nachdem bereits in den Vormonaten eine eigentliche Sommerpause nicht zu bemerken gewesen war, nahm im September die Regsamkeit noch zu, und zahlreiche Orte, unter ihnen Berlin, Plauen, Cassel, Ludwigsb., Ulm, Nürnberg und Regensburg berichten über eine lebhaftere Bautätigkeit. Daß in einigen Orten, von denen wir Flensburg, Barmen, Peilbronn nennen, die Bautätigkeit noch zu wünschen übrig ließ, ändert an dem günstigen Gesamtgebilde nichts. Durch die rege Baulust wurden auch die Baustoffindustrien, so das Holz-, Zement-, Ziegelgewerbe, günstig beeinflusst und äußerten einen befriedigenden Arbeiterbedarf. Auf das Holzgewerbe wirkten allerdings wieder einige ungünstige Umstände, so daß die Herbstbelebung im Vergleich zur vorjährigen noch nicht voll befriedigte. In Berlin, Ulm und Jülich wurde die Nachfrage nach Holzarbeitern direkt als gut bezeichnet. Von den schweren Industrien ist diesmal der Bergbau mit einer etwas größeren Belebung zu nennen. Infolge der Zunahme des Hausbrandgeschäfts wurden Nachfrage und Absatz wieder reger, und die Beschäftigung nahm zu. Der Arbeitsmarkt im Eisengewerbe wurde durch die Werftarbeiterausperrung ungünstig beeinflusst; denn wenn auch der Arbeiterbedarf in der Metallindustrie langsam wieder im Steigen begriffen ist, so ist sie doch noch nicht wieder so aufnahmefähig, um ein stärkeres Angebot unterzubringen. Kiel, Flensburg, Düsseldorf, Offenbach, Cassel, Bruchsal berichten über ein ungünstiges Verhältnis in der Metallindustrie, während der Arbeitsmarkt in mittleren Orten, wie in Ulm, Jülich und Ludwigsb., für Metallarbeiter als befriedigend angesehen wird. Gebessert hat sich der Arbeiterbedarf mit Herbstbeginn in der Textilindustrie, aber einige Orte, wie Vörrach und Cottbus, berichten noch über eine matte Nachfrage. Mangel an guten Arbeitskräften begann sich in der Bekleidungsindustrie wieder einzustellen, hauptsächlich sind es Schneider, die gesucht werden. Die Nachfrage nach weiblichen Diensthöten wurde, zweifellos unter der Einwirkung der im Oktober eintretenden Herabsetzung der Stellenvermittlungsgebühren, sehr zurückgehalten.

Die Mehrausgabe für den Fleischkonsum.

A. C. Es ist volkswirtschaftlich von großem Interesse, annähernd zu ermitteln, wie die Steigerung der Fleischpreise die Ausgaben der Konsumenten für Fleisch beeinflusst haben. Zwar läßt sich diese Ermittlung erst für das erste Halbjahr 1910 durchführen; aber auch für diesen Zeitraum zeigt sich schon, daß das Plus gegenüber dem Vorjahre schon erheblich ins Gewicht fällt. Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau lassen unter Hinzurechnung der Weineinfuhr den Fleischkonsum der Menge nach erfassen, während wir als Durchschnittspreise das Mittel für 50 preussische Städte zugrunde legen. Wir erhalten damit zwar keine der Wirklichkeit durchaus entsprechende Ziffer

des Wertes unseres Fleischkonsums, aber ein Vergleich mit dem auf der gleichen Basis ermittelten Werte des vorjährigen Fleischkonsums dürfte den Grad der Einwirkung der höheren Fleischpreise soweit richtig wiedergeben, als dies zurzeit unter Benutzung der vorhandenen statistischen Unterlagen überhaupt möglich ist. Auf diese Weise berechnet sich der Wert des Fleischkonsums im ersten Halbjahre 1910 auf 2,03 Milliarden Mark, während er im ersten Halbjahre 1909 1,937 Milliarden Mark betragen hatte. Die Wertsteigerung beträgt demnach zirka 95 Millionen Mark. Die in den Konsum übergegangene Fleischmenge ist von 1.241.293 Tonnen im ersten Semester 1909 auf 1.261.804 Tonnen im laufenden Jahre gestiegen; sie nahm also um 1,65 pZt. zu. Wenn man dieser Steigerungsquote die Steigerung des Wertes gegenüberhält, die rund 5 pZt. beträgt, so zeigt sich schon daran, daß die Preissteigerung den Hauptanteil an der Kostenerhöhung für den Fleischkonsum hat. Ganz ungünstig hat sich für die Konsumenten die Wertung des Schweinefleischkonsums gestaltet; denn während die Menge nur ganz unbedeutend gestiegen, pro Kopf der Bevölkerung sogar stark zurückgegangen ist, hatte der Wert eine empfindliche Steigerung aufzuweisen. Es betragen nämlich im ersten Semester dieses und des vorigen Jahres für Schweinefleisch:

	Verbrauch t	Verbrauch pro Kopf kg	Durchschnittspreis für das Kilogramm A	Gesamtwert in 1000 Mark
1909.....	620678	9,78	164,2	968089
1910.....	621938	9,67	168,6	1018137
Gegen 1909 i. Proj.	+ 0,20	- 1,12	+ 2,68	+ 5,45

Der Wert geht um mehr als 52 Millionen Mark über den des Vorjahres hinaus. Bei Hammelfleisch ist die Preissteigerung noch stärker gewesen, so daß sich auch für den Wert eine bedeutend größere Steigerung ergibt als für die Menge. Die Menge des im ersten Halbjahr dem Konsum zugeführten Hammelfleisches belief sich auf 22.334 Tonnen gegen 21.044 im vorigen Jahre; es sind also 1290 Tonnen oder pro Kopf 0,01 kg mehr als 1909 konsumiert worden. Da der Durchschnittspreis für Hammelfleisch im ersten Halbjahr dieses Jahres 162,9 A für das Kilogramm betrug gegen 154,8 A im vorigen Jahre, so ergibt sich für die Konsummenge eine Wertsumme von 37,92 Millionen Mark gegen 34,71 Millionen im vergangenen Jahre. Die Steigerung beträgt annähernd 10 pZt. Bei dem Rindfleischkonsum ist die Wertsteigerung nicht ganz so stark. Hier steht die Preissteigerung erst im zweiten Halbjahr ein. Immerhin ist, da der Preis von 154,2 auf 155,4 A für das Kilogramm gestiegen ist, die Zunahme des Wertes auch höher als die der Menge. Es betrug nämlich die Menge des dem Konsum zugeführten Rindfleisches in diesem Jahre 304.970 Tonnen gegen 489.188 Tonnen im vergangenen Jahre. Sie ging um 8 pZt. in die Höhe. Der Wert aber stieg von 754,33 Millionen Mark auf 784,72 Millionen, seine Steigerung beläuft sich mithin auf 4 pZt. Der Konsum von Kalbfleisch ist durch die Preissteigerung schon im ersten Halbjahr stark verteuert worden: während die Menge des konsumierten Kalbfleisches nur von 105.727 Tonnen auf 107.695 Tonnen hinausgegangen ist, stieg der Wert von 182,59 auf 190,08 Millionen Mark. Der Durchschnittspreis für Kalbfleisch betrug im Vorjahr 172,7 A für das Kilogramm und ging auf 176,5 A im laufenden Jahre hinauf. Für Ziegenfleisch werden Durchschnittspreise nicht ermittelt, so daß sich der Wert nur schätzungsweise feststellen ließe: die Menge des dem Konsum zugeführten Ziegenfleisches beläuft sich in diesem Jahre auf 1710 Tonnen gegen 4563 Tonnen im vergangenen Jahre. Fassen wir die Wertsummen der einzelnen Fleischsorten noch einmal zusammen, so ergibt sich folgende Uebersicht. Es betrug der Wert des dem Konsum übergebenen Fleisches während der ersten Semester 1909 und 1910 in 1000 Mark:

	1909	1910	Zunahme gegen 1909
Rindfleisch.....	754328	784723	30395
Kalbfleisch.....	182591	190082	7491
Schweinefleisch.....	968089	1018137	52328
Hammelfleisch.....	34707	37920	3213

Der Hauptanteil an der Wertsteigerung entfällt auf das zweite Quartal.

Steigende Gewinne der Aktiengesellschaften.

A. C. Bei 3611 gewerblichen Aktiengesellschaften, die während der ersten drei Quartale ihre Geschäftsergebnisse für 1909 resp. 1909/10 veröffentlicht haben, sind die Ueberschüsse im Vergleich zu denen des Vorjahres äußerst kräftig in die Höhe gegangen. Auf der einen Seite sind die Reingewinne bei den gewinnbringenden Aktiengesellschaften stark gestiegen, auf der andern Seite sind die Verluste bei den verlustbringenden Gesellschaften merklich geringer geworden. Da außerdem noch eine Reihe im Jahre 1908 resp. 1908/09 mit Verlust arbeitender Aktiengesellschaften das letzte Geschäftsjahr mit Gewinn abschlossen — es sind ihrer neun —, so ist das Bild noch günstiger geworden. Mit Reingewinn schlossen nämlich im letzten Geschäftsjahre 3046 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 10,20 Milliarden Mark ab gegen 2037 mit einem Kapital von 9,62 Milliarden. Einen Verlust verzeichneten 1908/09 574 Gesellschaften mit 882,19 Millionen, 1909/10 565 Gesellschaften mit 646,93 Millionen Mark Aktienkapital. Gewinne und Verluste gestalteten sich in 1000 Mark wie folgt:

	1908/09	1909/10
Gewinne.....	1199780	1328217
Verluste.....	116507	105166
Ueberschuß.....	1083273	1223051

Die Summe der Gewinne ist von 1908/09 auf 1909/10 um 128,44 Millionen Mark oder um 10,7 pZt. in die Höhe gegangen. Die Summe der Verluste nahm um 9,8 pZt. ab, so daß sich der Ueberschuß um 13 pZt. heben konnte. Das Plus beläuft sich auf rund 140 Millionen Mark. Unterscheidet man nun die 3611 Aktiengesellschaften nach den Zwecken, denen sie dienen, so ergeben sich vier Hauptgruppen: die Gesellschaften für Warenherstellung, für Handel, für Verkehr und die übrigen. Von den 3611 Gesellschaften gehören 2393, also die Mehrzahl, mit einem Aktienkapital von 5374,08 Millionen Mark der Warenherstellung an, 610 mit 5887,20 Millionen Mark Aktienkapital zählen zum Handelsgewerbe, einschließlich der Banken, und 364 mit einem Kapital von 1425,23 Millionen Mark waren Verkehrsgesellschaften. Es betragen nun in Millionen Mark

	Gewinne		Verluste	
	1908/09	1909/10	1908/09	1909/10
Warenherstellung..	626,96	691,37	67,32	77,88
Handel.....	499,66	543,75	12,21	11,51
Verkehr.....	63,06	81,34	28,93	8,38
Uebrige.....	10,11	11,76	8,05	7,39

Bei den Aktiengesellschaften der Warenherstellung stellt sich der Gewinnüberschuß auf 613,49 Millionen Mark gegen 559,64 Millionen im Jahre zuvor, bei den Banken und Handelsgesellschaften ist er von 487,45 auf 532,24 und bei den Verkehrsgesellschaften von 34,13 auf 72,96 Millionen Mark hinausgegangen. Von den Gruppen der Warenherstellung weisen wiederum Bergbau und Hütten, Textilgewerbe und chemische Industrie eine günstige Entwicklung auf. In der Gruppe Bergbau, Hütten und Salinen ist die Gewinnsumme von 139,86 auf 146,56 Millionen gestiegen; die Verlustsumme ist von 9,37 auf 7,75 Millionen zurückgegangen, so daß sich für das letzte Geschäftsjahr ein Ueberschuß von 138,81 Millionen Mark ergibt gegen 129,99 Millionen im Jahre zuvor. Das Textilgewerbe weist einen Rückgang der Verlustsumme von 6,45 auf 3,52 Millionen Mark auf und eine Steigerung der Gewinne von 67,92 auf 80,34 Millionen Mark; es ergibt sich also eine Zunahme des Ueberschusses von 61,47 Millionen auf 76,82 Millionen Mark. In der chemischen Industrie endlich ist der Gewinn von 82,97 auf 96,73 Millionen Mark gestiegen. Der Verlust weist eine nur unbedeutende Zunahme auf. Einzelne Gruppen haben allerdings noch ziemlich starke Verlustzunahmen aufzuweisen, und zwar ging bei Metalle und Maschinen die Verlustsumme von 7,36 auf 13,39, im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe von 11,06 auf 13,07 und im Bauwesen von 9,66 auf 13,82 Millionen Mark hinaus. Bei Banken dagegen sank sie von 11,29 auf 10,28, bei Verkehrsgesellschaften von 28,99 auf 8,38 Millionen Mark.

Das Lohnniveau der gewerblichen Arbeiter.

A. C. Mancher, der erfährt, daß es sich beim Werftarbeiterfreik um eine Lohnerhöhung von 2 A pro Stunde handelt, wird über die Tragweite, die dieser Forderung beigelegt werden sollte, erstaunt sein. Denn in den letzten Krisenjahre haben sich die Lohnverhältnisse der gewerblichen Arbeiter nicht befriedigend gestaltet. Von 1906 auf 1907 hob sich das Lohnniveau ja noch ziemlich kräftig, im Jahre 1908 aber war die Steigerung ganz unbedeutend, und im Jahre 1909 erfuhr es sogar eine direkte Senkung. Es betrug nach den Nachweisungen der Berufsgenossenschaften in den Jahren 1906 bis 1908:

	Dollarbeiter	Gesamtlohnsumme in 1000 Mark	Durchschnitts-Jahreslohn für den Dollarbeiter A.
1906.....	7512728	7720015	1027,59
1907.....	7869421	8412757	1069,04
1908.....	7868531	8447580	1073,59

Von 1907 auf 1908 ist der Lohn durchschnittlich noch um 4 A gestiegen. Für 1909 liegen nun noch nicht die Nachweisungen aller Berufsgenossenschaften vor, doch hat immerhin der weitaus größere Teil berichtet. Leider ist für die meisten nur die Zahl der Versicherten, nicht die der Dollarbeiter angegeben, häufig werden auch nur die anrechnungsfähigen statt der tatsächlich gezahlten Lohnsummen gegeben. Trotz dieser Mängel aber, die der provisorischen Berechnung anhaften, stimmt der Jahreslohn für 1908 doch ziemlich genau mit dem definitiven überein, so daß der Vergleich der beiden Jahre der Wirklichkeit nahekommen dürfte. Bei den für 1909 berichtenden Genossenschaften betrug nämlich die Zahl der Arbeiter 5,55 Millionen Köpfe gegen 5,43 Millionen im Jahre 1908; die Gesamtsumme der Löhne stellt sich auf 5948,40 Millionen Mark gegen 5892,23 Millionen, und der Jahresdurchschnittslohn pro Arbeiter beträgt A 1072 gegen A 1075,60 im Jahre 1908. Nach den endgültigen Berechnungen hatte der Lohn im Jahre 1908 A 1073,60 betragen. Auf jeden Fall ist also von 1908 auf 1909 eine Senkung des Lohnniveaus erfolgt. Natürlich ist der Anteil, den die einzelnen Berufsgruppen an der Entwicklung der Löhne haben, ganz verschieden; ja, es hat sogar die Mehrzahl der Berufsgruppen eine Zunahme aufzuweisen. Aber gerade bei den größten, die meisten Arbeiter umfassenden Berufsgruppen ist eine Senkung des Lohnniveaus erfolgt, und zwar zählen zu diesen in erster Linie die Knappschäfts- und die Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft. Bei letzterer, die im Jahre 1908 bei 223.330 Versicherten 280,01 Millionen Mark, 1909 aber bei 221.258 Versicherten nur 276,94 Millionen Mark Löhne verteilte, ist der Jahresdurchschnittslohn von A 1253,80 auf A 1251,60 zurückgegangen. So gering die Lohnreduktion auch sein mag, sie ist für den Arbeiterhaushalt bei steigenden Warenpreisen nicht gleichgültig. Bei der Knappschäfts-Berufsgenossenschaft war die Abnahme beträchtlich

größer. Während im Jahre 1908 auf 798 378 Versicherte eine Lohnsumme von 1117,14 Millionen Mark oder durchschnittlich M 1399,30 auf den Kopf eines Arbeiters kamen, waren es 1909 bei 818 989 Versicherten 1084,24 Millionen Mark oder pro Arbeiter durchschnittlich M 1323,90. Damit hat der durchschnittliche Jahreslohn eines Bergarbeiters einen Rückgang um M 75,40 erfahren. Gesunken ist damit noch der Durchschnittslohn in der Rheinisch-Westfälischen Baugewerkschaft, und zwar von M 995,90 im Jahre 1908 auf M 909,10 im Jahre 1909, bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von M 1153,30 auf M 1153,50, bei der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft von M 1336, auf M 1241,70 und bei der Schleiferei Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft von M 964,40 auf M 946,60. Gleichgeblieben ist der Jahreslohn bei der Süddeutschen Eisen-Berufsgenossenschaft. Von den Berufsgenossenschaften, bei denen das Lohnniveau in die Höhe ging, sind vornehmlich die Ziegelei-, die Rheinisch-Westfälische Textil-, die Schmiede- und die Süddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft zu nennen.

Vom französischen Gewerkschaftskongress.

Vom 3. bis zum 8. Oktober tagte dieser Kongress in dem historisch berühmten „Jakobinerklub“ zu Toulouse. Dieser Klub war ehemals ein liberaler Speiseklub; zur Revolutionszeit bildete sich dort der Jakobinerklub; heute empfängt die Toulouser Gemeinde ihre offiziellen Gäste darin, und alle großen Redner der sozialistischen Partei hielten dort Versammlungen ab. Der Kongress war von 420 Delegierten besetzt, die 30 Arbeitsbüros, 46 Föderationen und 1390 Syndikate vertraten.

Aus dem Tätigkeits- und Finanzbericht folgendes: In einer starken Broschüre führt der Tätigkeitsbericht der Arbeitskonföderation alle die Daten an, mit denen Regierung und Unternehmer die Arbeiterklasse vom Pariser Kongress (1908) bis zum Juli dieses Jahres geplagt haben, und die Mittel des Widerstandes, mit denen die Arbeitskonföderation als das Organ der organisierten Arbeiterschaft geantwortet hat.

Ein paar Zahlen: Die Zahl der der Arbeitskonföderation (Generalkommission der Gewerkschaften) angeschlossenen Föderationen ist von 63 Föderationen im Jahre 1908 auf 57 Föderationen und 8 isolierte Syndikate gestiegen; der Rückgang der Zahl der Föderationen ist nur relativ, ist nur auf die Durchführung des Beschlusses des Pariser Kongresses zurückzuführen. Die Zahl der diesen Föderationen angehörenden Syndikate ist von 2586 mit 284 321 Mitgliedern (1908) auf 3012 mit 357 814 Mitgliedern (1910) gestiegen. 36 Berufs- und Industriefongresse haben in den Berichtsjahren stattgefunden. Der Finanzbericht weist vom 1. Juli 1908 bis zum 30. Juni 1910 folgende Zahlen auf: Einnahmen für Beiträge der Föderationen und der Arbeitsbüros Fr. 37 828,20, für Beitragsmarken Fr. 17 782,10, für Konföderationsmarken Fr. 1284,65, Verschiedenes Fr. 10 516,20. Total Fr. 67 981,15. Ausgaben total Fr. 64 901,80. Der Kassenbestand vom 30. Juni 1908 beträgt Fr. 7149,70, der vom 30. Juni 1910 Fr. 10 229,05. Der Bericht des Zentralorgans der französischen Organisationen, die „Voix du Peuple“, weist auf: Einnahmen Fr. 49 669,15, davon Fr. 27 848,75 für Abonnements; Ausgaben Fr. 48 051,75. Dem Kassenbestand vom 30. Juni 1908 in der Höhe von Fr. 372,95 steht ein Kassenbestand von Fr. 1990,35 am 30. Juni 1910 gegenüber. Die Bilanz der Kommission des Achttundentages und des Generalstreiks zeigt eine Einnahme von Fr. 8621,30, eine Ausgabe von Fr. 2858,20, einen Kassenbestand von Fr. 591,15 Ende Juni 1908 und einen solchen von Fr. 1354,25 am 31. Dezember 1909. Die Streikkasse endlich weist vom 30. Juni 1908 bis 30. Juni 1910 auf: Einnahmen Fr. 61 444,50, Ausgaben Fr. 59 694,25, Kassenbestand 1908 Fr. 473,80, Kassenbestand 1910 Fr. 2224,05.

Bevor wir nun auf die Verhandlungen des Kongresses eingehen, dürfen wir die Melbung der Anwesenheit des Genossen Sassenbach als Delegierten der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften und die des englischen Delegierten Appleton nicht unterlassen. Und zwar nicht nur deshalb, weil die bloße Anwesenheit dieser beiden auswärtigen Vertreter schon ein außerordentliches Ereignis war, sondern auch deshalb, weil die warmen Worte internationaler Solidarität des Genossen Sassenbach und dessen Einladung einer Delegation der Arbeitskonföderation nach Deutschland einen gleich großen Sturm begeisterter Annahme bei allen Vertretern des französischen Proletariats (ob revolutionäre, ob reformistische) hervorgerufen hatte.

Die Wahl der Mandatsprüfungskommission und die Diskussion über deren Bericht nahm dem Kongress, trotz der vorbeugenden Beschlüsse des Pariser Kongresses, wieder drei kostbare halbe Tage. Der Ausschluß von vier Syndikaten des Seinedepartements wurde auf Antrag der Kommission vom Kongress bestätigt.

Außer den Punkten administrativer Ordnung waren noch fünf Punkte auf der Tagesordnung, die durch ein Referendum festgestellt wurden. Nach früheren Kongressbeschlüssen sollten eigentlich nur vier Punkte den Kongress beschäftigen; da aber die zwei Gegenstände: antimilitaristische Propaganda und Arbeitsunfälle, die gleiche Stimmzahl erhielten (je 36) und das Komitee der Konföderation nicht zur Streichung einer dieser beiden Gegenstände ermächtigt zu sein glaubte, hatte der Kongress fünf Punkte zu erledigen. Es standen außer den zwei bereits angeführten noch zur Tagesordnung: die Altersversicherung, die Propaganda für den Achttundentag und Schiedsgerichte, Kollektivverträge und kaufmännische Kapazität der Syndikate.

Einen großen Teil seiner kostbaren Zeit nahm dem Kongress die allerdings absolut notwendig gewordene Debatte über das Föderationshaus. Dieser Angelegenheit liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Die Arbeitskonföderation wurde gegen Ende des Jahres 1907 aus der Pariser Arbeitsbüros verdrängt, weil sie sich nicht unter den Polizeifabel des Präsidenten beugen wollte. Nun war guter Rat teuer. Sie fand wohl ein Lokal, als der Hausbesitzer aber seine Mieter kannte, kündigte er ihnen. Man entschloß sich, ein ganzes Haus zu mieten und rechnete dabei auf die Unterstützung aller Organisationen. Inzwischen wurde der damalige Kassierer Levy ins Gefängnis geworfen. Der damalige Sekretär

Griffuelhes war mehr als einmal in der schweren Zeit des Anfanges in Verlegenheit, wenn es galt, die große Miete oder Wechsel für die Maschinen der errichteten Druckerei oder für die Einrichtungsgegenstände der Klinik zu bezahlen. Er nahm das Geld, wo er es bekam, ohne leider die genaueste Buchführung darüber zu halten. Ein gewissenloser Beamter trug bedeutend zur Verschlimmerung des trostlosen Zustandes bei, so daß, als Levy das Gefängnis verließ und seinen Posten wieder antrat, in seiner Kasse Fr. 4500 fehlten. Darüber verschaffte Griffuelhes wohl eine Quittung, aber das Geld fehlte. Es ist wohl klar, daß solche Zustände nur zu sehr geeignet sind, einer Verleumdungskampagne Tür und Tor zu öffnen. Die gegenseitigen Beschuldigungen und Anfeindungen waren auch nicht ohne schädigende Rückwirkung auf die Gesamtbewegung geblieben. Daher die absolute Notwendigkeit einer Aussprache. Griffuelhes' Ankläger waren die Genossen Levy und Blanchard. Nach einer dreistündigen Verteidigungsrede Griffuelhes' und einer kurzen Debatte endete diese leidige Sache zu aller Zufriedenheit mit der Annahme eines Vertrauensvotums an Griffuelhes. Dieser Antrag wurde mit 933 Mandaten gegen 65 bei 333 Enthaltungen angenommen. Der größte Teil der sich der Stimme Enthaltenden erklärte, nur deshalb nicht für den Vertrauensantrag zu stimmen, um nicht den Verdacht eines Tadelns aufkommen zu lassen gegen die, die eine Rechnungslegung von Griffuelhes verlangten.

Griffuelhes hatte übrigens in seiner Rede erklärt, daß die finanzielle Basis des Föderationshauses nun gesichert sei, dank eines befristeten, mit unsern Ideen sympathisierenden Ingenieurs, der Fr. 100 000 gespendet hatte und daß, wenn sich eine gesetzliche Form finden ließe, daß das Haus Griffuelhes & Co. in das Eigentum der Konföderation übergehen könne, dem nichts entgegenstehe. Der Kongress beschloß, eine Kommission zu beauftragen, die Angelegenheit mit den gegenwärtigen Besitzern und dem Zentralkomitee der Konföderation zu regeln. Darüber sollte bis spätestens 1. März 1911 statuiert werden.

Auch die brutale Absägung des reformistischen Generalsekretärs Niel, die im Bericht des Zentralkomitees nur mit zwei Sätzen berührt ist, gab zu einer Debatte Veranlassung. Die Berichte des Zentralkomitees der Konföderation wurden mit 1906 gegen 97 Mandate bei 118 Enthaltungen gutgeheißen.

Um ein Haar hätte es wieder eine ausgedehnte Debatte gegeben über die schon vor zwei Jahren geregelte Frage: ob Berufs- oder Industrieföderationen.

Nach die Altersversicherung. Das Gesetz soll im Juli 1911 in Kraft treten. Die meisten Redner stellten das Gesetz als unannehmbar hin und empfahlen die Verweigerung der Zahlung der Beiträge. Einige Redner empfahlen die Annahme und eine umfangreiche Propaganda zur Verbesserung des Gesetzes. Die ausgiebige Debatte endete mit der erdrückenden Annahme der Resolution Jouhaux (Generalsekretär). Sie lautet: In der Befürchtung, die vom Zentralkomitee begonnene Aktion gegen die Altersversicherung der Arbeiter und Bauern fortzusetzen, denkt der Kongress, daß es für die Arbeiterorganisationen zweckmäßig ist, ihre Opposition gegen das Gesetz in dem Augenblick zu verschärfen, wenn es zur Anwendung gelangen soll. Der Kongress macht auf die Unternehmerprojekte aufmerksam, die die Beiträge der Arbeiter für Unternehmerzwecke benutzen wollen: Er führt als Mittel der Bekämpfung die Opposition gegen alle Lohnabzüge, die zur Funktionalisierung des Gesetzes bestimmt sein sollen, solange das Gesetz nicht Änderungen unterzogen würde, die den Produzenten eine normale Versicherung bei geringerem Alter sichern. Der Kongress fügt hinzu, daß er sich nur dann für das Prinzip der Arbeiterbeiträge entschließen könnte, wenn das Gesetz auf dem System der Verteilung (Repartition) anstatt Kapitalisation) aufgebaut wäre. Er zählt auf die Arbeiterorganisationen und die tätigen Genossen, daß sie alles aufbieten werden, um die Anwendung eines solchen Gesetzes zu verhindern, das im Prinzip wohl nützlich, in seinen Bestimmungen aber den Interessen der Arbeiter zuwider ist.

Mit der Annahme dieses Antrages hat sich die französische organisierte Arbeiterschaft höchst wahrscheinlich wieder eine Blöße vorbereitet. Das heißt, sie hat einen Beschluß gefaßt, den sie nicht durchführen kann. Schwerlich wird sie imstande sein, die unorganisierte Masse für diesen Widerstand zu gewinnen. Nur ein Beispiel für unsere Meinung: Die französischen Arbeiterorganisationen aller Art machen Stimmung gegen die Lebensmittelverteuerung, eine Sache, die wir täglich ganz gehörig verspüren; doch nur mäßig sind die Versammlungen mit diesem Verhandlungsgegenstand besetzt. Wie sollten sie erst imstande sein, die träge, gleichgültige Menge für eine viel unbedeutendere Verteuerung des Lebensunterhaltes, die gleichzeitig Früchte trägt, aufzurütteln.

Zur Frage des Antimilitarismus wurde eine Resolution angenommen, die in anderer Form denselben Inhalt hatte wie die Pariser Resolution.

Aus der langen, von einer Kommission ausgearbeiteten Resolution über den Kollektivvertrag, das obligatorische Schiedsgericht und die kaufmännische Kapazität wollen wir folgendes festhalten: Der Kongress erkennt an, daß der Kollektivvertrag unter Umständen Garantien der Dauer und vorübergehende Sicherheit der Arbeitsbedingungen bieten kann; daß es für die Arbeiter von Nutzen ist, Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen durch Verträge festzulegen, daß aber neue gesetzliche Regelungen sich nicht notwendig machen, die nur Einschränkungen bedeuten würden.

Das obligatorische Schiedsgericht ist unverträglich mit den erworbenen Funktionen der gewerkschaftlichen Organisationen und würde nur ihre Unabhängigkeit und ihre Autorität schwächen; daher verwirft der Kongress jeden Gesetzentwurf dieser Art.

Die kaufmännische Kapazität endlich glaubt der Kongress deshalb ablehnen zu müssen, weil die Organisationen der Arbeiter sich zunächst beschäftigen müssen mit der Erhöhung der Löhne, mit der Pflege der Werkstättenhygiene, mit der Verkürzung der Arbeitszeit, mit einem Wort, ihre Mitglieder zu orientieren und die Arbeiterklasse besseren sozialen Zuständen entgegenzuführen. In Erwägung, daß diese Aufgabe ihnen genügt, in weiterer Erwägung, daß die Syndikate, die sich in industrielle und kaufmännische Manipulationen eingelassen haben, nur auf Schwierigkeiten gestoßen sind und Enttäuschungen erlebt haben, in fernerer Erwägung, daß die

Konsumgenossenschaften für geschäftliche Operationen ausreichen, warnt der Kongress die Syndikate vor diesem Geschenk der Regierung, daß nur die Vernichtung der Syndikate oder die Abwendung von ihrem eigentlichen Ziele zur Folge haben könnte.

Diese Resolution wurde mit 1234 Mandaten gegen 11 bei einer Enthaltung angenommen.

Die wichtige Frage der Arbeitsunfälle konnte nur mehr sehr flüchtig behandelt werden. Unter andauernder Unruhe wurden eine Reihe Anträge gestellt, diskutiert und angenommen.

Nicht viel besser erging es der nicht minder wichtigen Sache der Statutenänderung. Eine Flut von Abänderungsanträgen lag vor; doch wird erst der nächste Kongress, der in Havre stattfinden wird, möglicherweise eine gründliche Diskussion und reise Arbeit liefern können.

Noch viel ärger erging es einer beträchtlichen Anzahl von Anträgen diverser Natur; alles war nach sechs Verhandlungstagen nervös, erwartete mit Ungeduld den Schluß des Kongresses.

Der Sonntag sollte eine Anzahl Delegierter in die Arbeiterglashütte von Albi führen. J. B a t t o n.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen der Gauvorkände.

Bericht über den Stand der Lohnbewegungen im Gau 10 (Schleswig-Holstein-Oldenburg).

Die diesjährige Aussperrung im deutschen Baugewerbe steigerte die Zahl der Lohnbewegungen. Ueber die Ursachen der Aussperrung zu berichten, erübrigt sich. Welcher Erfolg in finanzieller Beziehung verzeichnet werden kann, ist aus nachfolgender Tabelle ersichtlich. Alle bemerzten Lohnsteigerungen sind durch Verhandlungen schriftlich festgelegt. (Möln und Schwarzenbel sind noch strittig.) In Frage kommen 91 Vertragsgebiete. In 62 Gebieten wurde ausgesperrt; 29 blieben verschont. Einschließlich einiger vor der Aussperrung erledigter Verträge sind bis heute 22 Verträge endgültig gefertigt. Auf Grund des Dresdner Schiedspruches müssen noch weitere 66 Verträge geschlossen werden. Ein großer Teil ist örtlich erledigt, hat aber die zentrale Genehmigung noch nicht erhalten. In einigen Bezirken sind die Arbeitgeber zur Erledigung der noch schwebenden örtlichen Differenzen zu weiteren Verhandlungen und zur Bildung von Schiedsgerichten schwer zu bewegen. In manchen Orten ist über ein Schiedsgericht mit den Arbeitgebern keine Einigkeit zu erzielen. Einiges hierüber: In Ahrensburg und Althausstedt wollen die Arbeitgeber Vergünstigungen des eher Feiertagabend vor Ostern und Pfingsten ohne Lohnabzug beseitigen. Der Schiedsrichter, Herr Rechtsanwalt Louprecht, hat in Ermangelung von Zeit noch keinen Spruch gefällt. In Aurich sind die Arbeitgeber trotz gefällter Schiedsprüche noch nicht soweit, den Vertrag zu unterschreiben. In Cuxhaven lehnen die Arbeitgeber die Unterzeichnung des Vertrages ab; dieselben verlangen erst die Anerkennung des einseitigen Arbeitsnachweises. In Elmshorn wollen die Arbeitnehmer die früheren Bestimmungen, um 5 Uhr Feierabend in den Sommermonaten (Arbeitgeber wünschen um 6 Uhr), Ostern und Pfingsten eher Feierabend ohne Lohnabzug (Arbeitgeber wollen dieses beseitigen), beibehalten. Ein eingekerkertes Schiedsgericht scheiterte. Der Schiedsrichter legte sein Amt nieder, weil er nach seiner Meinung der Parteilichkeit bezichtigt wurde. Weitere Vermittlungsvorschläge lehnten die Versammlungen ab. In Geesthacht war der Vertrag örtlich unterschrieben. Der Arbeitgeberverband hat die Abschaffung der Verträge zur Genehmigung unterlassen, weil der Laubener Arbeiterverband bezüglich des Vertragsgebietes protestiert. In Jshoe ist die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit strittig. Die Arbeitgeber haben dieses seit einer Reihe von Jahren zugefagt. Als Schlichtungsinstanz sollen die Gauleiter und die Bezirksleitung fungieren. In Wilster und Kellinghusen ist noch ein großer Teil Differenzen übrig geblieben. Als Schiedsrichter haben die Arbeitnehmer den Landrat vorgeschlagen. Arbeitgeber lehnen denselben ohne Angabe von Gründen ab. Die Löhne der Bauarbeiter sind in Kiel noch strittig. In Stade verweigern die Unternehmer die Unterschrift des Vertrages, weil erst der Affordvertrag gesichert werden soll. In Schwarzenbel haben die Arbeitnehmer erklärt, wenn der Abschluß eines Vertrages herbeigeführt werden soll, dann müssen die Arbeitgeber mehr Lohn bieten, als im Schiedspruch (43) vorgesehen ist. Sie begründen ihr Vorgehen damit, weil durch das Verhalten der Arbeitgeber die erste Verhandlung inhibiert wurde. (Die Arbeitgeber wollten einige Organisationsvertreter ausscheiden, deshalb scheiterte dies.) Der Abschluß der Verträge in allen Orten ist überhaupt wohl nicht zu erwarten. Die Arbeiterorganisationen haben sich die erdenkliche Mühe gegeben, den Abschluß der Verträge zu vollziehen. Die Arbeitgeber haben die Verhandlungen recht oft hintertrieben. Mit recht wenigen Ausnahmen (mit Ausschluß der Löhne und Sommerarbeitszeit, wo beinahe in allen Fällen Einigkeit vorhanden ist) haben die Arbeitnehmer in den Verhandlungen sich nur darauf beschränkt, die alten örtlichen Rechte zu behalten. Die Arbeitgeber sind in der ausgiebigsten Weise bestrebt, recht oft auch in untergeordneten Dingen, immer mit Verschlechterungsanträgen zu erscheinen. Diese Maßnahmen, die in vielen Fällen bitternd gewirkt haben, sind dazu angetan, den Arbeitnehmern die ganze Tarifbewegung mehr und mehr zu berekeln. Diesen Maßnahmen der Arbeitgeber ein Paroli zu bieten, sei unser erstrebenswertes Ziel. Ueberhaupt die ganzen tariflichen Angelegenheiten in der Folgezeit ändern Wegen zuzuführen, sei unsere heiligste Aufgabe, die aber nur dann bewirkt werden kann, wenn mit aller Energie von allen Mitgliedern eine emsige Teilnahme gesichert ist.

sein, ebenfalls zum kommenden Kampfe 1913 zu rufen, mit allem Eifer die Vorbereitung für die Organisation zu betreiben und vor allem dafür zu sorgen, daß auch jetzt noch ein jeder die ihm auferlegten Verpflichtungen erfüllt. Von der Opferfreudigkeit der deutschen Zimmerer hängen die künftigen Erfolge ab. (Lebhafte Beifall.) Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats. Einmütig wurde betont, daß die Berliner Zimmerer endlich den Einfluß der lokalistischen Quertreiber abschütteln müssen, daß alles getan werden muß, auch noch den letzten anzuhalten, die Verpflichtungen zu erfüllen; kommt doch auf die Geschlossenheit der Zimmerer in letzter Linie alles an. In seinem Schlußwort betonte Kamerad Kömer den außerordentlichen Charakter des Kampfes, zu dessen Führung die außerordentlichen Maßnahmen notwendig waren, die aber auch jeden gleichmäßig verpflichten. Die in Berlin vorhandene Clique betreibe lediglich zugunsten der Unternehmer ihr Zerstörungswerk. Der Vorsitzende, Kamerad Witt verwies in seiner Ansprache ebenfalls noch auf die Konsequenzen des Kampfes und ersuchte um rege Agitation für die Gewerkschaftswahlen am 13. November. Nachdem er die Kameraden noch aufgefordert hatte, die tarifmäßige Arbeitszeit einzuhalten, wurde die Versammlung mit begeistertem Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.

Wie schon in einigen andern Bezirken, so hatten die Lokalisten Berlins auch nach dem Osten eine öffentliche Versammlung für Zimmerer einberufen. Am 11. Oktober sollte der Zimmerer Weisfel von der Geschäftsleitung der „Freien Vereinigung“, der sich erst kürzlich in Nürnberg eine gründliche Abfuhr holte, im Lokale von Zieg, Warschauer Straße, referieren. Das zurzeit nicht recht befriedigende Organisationsverhältnis Groß-Berlins, in erster Linie verursacht durch die Maulwurfsarbeit lichtscheuer Elemente, glaubten diese für ihr die gesamte Arbeiterbewegung schädigendes Treiben ausnutzen zu können, welchem Zwecke ja auch diese Versammlung dienen sollte. Aber, um mit Wilhelm Busch zu reden: In der Regel, und recht oft, kommt es anders, als man hofft. Die Versammlung wurde nicht vom Einberufer, sondern von unserm Kameraden Hohwieler eröffnet, der die zahlreich erschienenen Kameraden über den beabsichtigten Zweck der Versammlung unterrichtete. Das Bureau wurde vervollständigt und dann beschlossen, dem Referenten Weisfel das Lokal zu verbieten mit der Begründung, daß organisierte Zimmerer einen Mann wie Weisfel nicht in ihrer Mitte dulden können. Weisfel kam jedoch der Aufforderung, das Lokal zu verlassen, nicht nach, wodurch die Versammlung sich aber nicht stören ließ und in die Tagesordnung, die nun eine wesentlich andere geworden war, eintrat und dem Kameraden Hinrichsen (Zentralverband), das Wort zu seinem Vortrag: „Die allgemeine wirtschaftliche Lage der Zimmerer Berlins“ erteilt wurde. Redner wies nach, wie durch die Organisationszersplitterung, die durch diese Sonderorganisation betrieben wird, lediglich die Interessen der Unternehmer gefördert und die Interessen der Zimmerer im allgemeinen und die der Berliner Zimmerer im besonderen aufs schwerste geschädigt werden. Ist schon an sich jede Agitation, die zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung betrieben wird, verwerflich, so ist der Inhalt der lokalistischen Flugblätter geradezu fluchwürdig, frogen sie doch von böswilligen Verleumdungen und hinterhältiger Niedertracht. Ja, man scheut sich nicht, das Höchste des organisierten Arbeiters, die Ausübung der Solidaritätspflicht in vermessenen höhnischer Weise in den Kot zu treten. Und das tun dieselben Leute, die nach vielen ihrer großspurigen Reden die Solidarität in Person sein müßten, die es aber fertiggebracht haben, sich während der diesjährigen Aussperrung als Verräter an der gerechten Sache der deutschen Bauarbeiter zu betätigen. Dem Treiben dieser „Auch“-Organisation könne nur durch energische, intensive Agitation für den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands entgegengetrieben werden. Den Redner lohnte reicher Beifall. Mit noch nicht einem Dutzend seiner Anhänger hatte Weisfel die Ausführungen des Referenten über sich ergehen lassen, als nun aber auch in der Diskussion die Hiebe hagelnd fielen, zogen die mutigen Streiter für Unternehmerinteressen es vor, die gastliche Stätte zu verlassen; denn Wahrheit scheint ihnen ein böllig unbekannter Begriff zu sein. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins verurteilt auf das allerentschiedenste die verräterische Handlungsweise der lokalorganisierten Zimmerer Berlins, insbesondere die heimtückische Art der Agitation ihrer sogenannten Führer, und erklärt, jede Gemeinschaft mit diesen Leuten als unvereinbar mit der Ehre eines organisierten Arbeiters strikte zurückzuweisen. Die Versammlung erklärt ferner, mit aller Latkraft und Energie für die weitere Ausbreitung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands einzutreten.“ Der Vorsitzende, Kamerad Hohwieler, ersuchte die Anwesenden, im Sinne des Referats und der Resolution zu wirken und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband. Die Hyänen mußten ohne die erhoffte Beute wieder abziehen. An den Zimmerern Groß-Berlins, an den Zimmerern Deutschlands liegt es nun, den Lokalisten, den Sonderbündlern und Parasiten der deutschen Arbeiterbewegung überall da, wo sie sich bemerkbar machen, zum gleichen Erfolg zu verhelfen; denn solche Erfolge wie in Berlin-Osten, kann man ihnen noch recht viele gönnen.

Brandenburg. Am 7. Oktober fand hier eine Extra-Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete Bericht von der letzten Verhandlung des Schiedsgerichts zweiter Instanz. Er berichtete folgendes: Es wurde über den Punkt „Lohnform“ verhandelt. In der vorletzten Verhandlung des Schiedsgerichts wurde den Arbeitgebern aufgegeben, die Lohnbücher vom letzten Jahre vorzulegen, statt dessen hätten sie nun Lohnlisten eingereicht. Die richtige Aufstellung derselben wurde jedoch von unsern Vertretern angezweifelt, der Vertreter der Arbeitgeber erklärte aber, daß seine Kollegen eine eidesstattliche Versicherung abgegeben hätten, daß die Listen mit den Lohnbüchern übereinstimmen und daß Junggefelln, Unfallverletzte oder Invaliden- und Altersrentner nicht mit aufgeführt seien. Trotzdem unserseits erklärt wurde, daß seit einigen Jahren hier am Orte

Einheitslöhne herrschen, suchte der Vorsitzende des Schiedsgerichts (welcher als „Unparteiischer“ die Interessen der Arbeitgeber mehr vertrat als diese selbst) auf Grund der Listen und eines Schreibens vom Jahre 1907 unsere Vertreter zu der Ansicht zu bekehren, daß hier Staffellöhne geherrscht hätten, was jedoch von unsern Vertretern scharf zurückgewiesen wurde. Nach anderthalbstündiger Verhandlung trat das Schiedsgericht zur Sitzung zusammen, in der einer unserer Vertreter den Antrag stellte, daß die Lohnbücher zur Stelle geschafft werden sollten, damit darin Einigkeit genommen werden könnte. Der Vorsitzende erklärte jedoch, der Antrag würde nicht angenommen werden, worauf unser Vertreter sein Amt niederlegte und die Sitzung verließ. Die noch anwesenden vier Mitglieder des Schiedsgerichts fällten dann folgendes Urteil: Das Wort „bis“, welches in der Lohnform von den Arbeitgebern gewünscht wurde, fällt fort, aber es soll eine Staffellöhne des Lohnes um 3 % stattfinden. Die Versammlung faßte nach längerer Debatte, in der sich die Redner gegen das Urteil aussprachen, folgende einstimmige Beschlüsse: 1. Dem Urteil des Schiedsgerichts zweiter Instanz unterwerfen wir uns nicht. 2. Es soll Protest gegen dieses Urteil beim Zentralschiedsgericht eingelegt werden. Auch ein Affordtarif, der uns von unsern hiesigen Unternehmern vorgelegt war, wurde einstimmig abgelehnt. Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Eberswalde. Am 24. September fand im Restaurant „Zur Mühle“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die nur sehr schwach besucht war. Kamerad Knüpper aus Berlin hielt einen Vortrag über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Er streifte dabei kurz den diesjährigen Kampf im Baugewerbe, der der schwerste war, den wir bis jetzt geführt haben. Sein Ausgang war für die Bauarbeiter ein ehrenvoller. Die Zahlstelle Eberswalde habe, ohne von der Aussperrung betroffen zu werden, 5 % Lohnhöhung erzielt. Redner ermahnte diejenigen Kameraden, die noch mit ihren Extrarbeitern im Rückstande sind, diese sobald wie möglich zu begleichen, damit der Kassierer abrechnen könne. Auch müsse versucht werden, daß wir alle Kameraden in die Versammlung bekommen, damit wir uns gegenseitig aufklären können, um im Jahre 1912, wo der Tarif abläuft, wieder stark und entschlossen dazustehen, damit den Unternehmern die Aussperrungswut vergeht. Der Referent schloß seine Ausführungen mit einigen anfeuernden Worten, indem er die Anwesenden aufforderte, mehr als bisher für die Organisation zu tun. Es wurden dann noch innere Verbandsangelegenheiten geregelt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Forchheim. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung vom 2. Oktober wies erfreulicherweise einen sehr guten Besuch auf. Sie befaßte sich hauptsächlich mit der Anschaffung einer Bibliothek. Nachdem von der Verlagsbuchhandlung Vorwärts-Berlin uns mehrere Probebücher gesandt wurden, beschlossen die fast wahlzählig anwesenden Kameraden einstimmig die Anschaffung einer Bibliothek, die neben Unterhaltungsliteratur vornehmlich Werke enthalten soll, die dem vorwärtstrebenden Zimmerer hilfreich zur Seite stehen. Es entwickelte sich hierauf noch eine kleine Diskussion über einige kleinere Punkte. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Bemerkten, daß dieser Beschluß als ein weiterer Fortschritt unserer jungen Zahlstelle anzusehen ist. Er richtete zugleich die Bitte an alle Kameraden, von der gemachten Einrichtung fleißig Gebrauch zu machen, wozu die langen Winterabende die beste Gelegenheit bieten.

Frankfurt a. M. Am 10., 11. und 12. Oktober fanden in Hanau, Offenbach und Frankfurt Versammlungen statt, in welchen Kamerad Vergemann aus Magdeburg über: „Die Aussperrung 1910, ein Tarifkampf und unsere nächsten Aufgaben“ referierte. In Hanau waren 75, in Offenbach 70 und in Frankfurt 380 Kameraden erschienen, die mit Beifall den instruktiven Vortrag aufnahmen. Redner schilderte die Kämpfe unseres Verbandes, wobei recht oft Maßnahmen getroffen werden mußten, denen das nötige Verständnis seitens der Mitglieder nicht sofort entgegengebracht wurde. Es sei deshalb in ruhigen Zeiten angebracht, über unsere Aufgaben zu diskutieren. Wenn wir in der Zeit von 1903 bis 1907 alljährlich im Durchschnitt 7193 Kameraden 15,6 Tage im Kampfe hatten, für 23 355 Zimmerer aber Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen konnten, so war dies den Scharfmachern ein Dorn im Auge. Dieser Entwicklung mußte in den Arm gefallen werden; es kam die angebliche Tarif-freundlichkeit, mit der dann die Abwürgung vorgenommen werden sollte. Redner erörterte das Eingreifen der Unparteiischen, ihr Ausspruch zum Reichstarif, verwies auf die Entwicklung der Gewerkschaften in England und legte ausführlich klar, daß wir uns gegen eine solche Entwicklung stemmen müssen. Die Aussperrung, die uns finanziell stark in Anspruch nahm, konnte uns nicht schwächen. Die Erfolge, im ganzen genommen, seien nicht zu unterschätzen, wenn wir auch keine Veranlassung hätten, allzu sehr uns daran zu berauschen. Die Mitglieder in den Zahlstellen, die über den Dresdner Schiedspruch hinaus noch etwas erreichen wollten, sollten nach den Briefen, die von den Unternehmern an den Zentralvorstand gesandt wurden ausgeschlossen werden; der Zentralvorstand sollte sogar die Streikbrecher liefern. Dies alles zeige uns deutlich, welche Aufgaben uns bevorstehen: alle Zimmerer zu organisieren für die nötigen Finanzen zu sorgen, aber auch ganz besonders für den nötigen Geist, der ein sehr bedeutender Faktor sei. In allen Versammlungen besprach Kamerad Ege die Arbeitszeittabelle; dieselbe ist genau wie die von 1909. Es wurde einstimmig beschlossen, nach derselben zu arbeiten, und nicht nach der Unternehmertabelle, die einseitig, entgegen den seitberigen Gepflogenheiten, von den Unternehmern aufgestellt wurde. Bei allen Bezirkskassierern kann die Tabelle verlangt werden.

Freiberg. Am 12. Oktober fand eine gut besuchte Zahlstellenversammlung in der „Union“ mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Aussperrung von 1910, ein Tarifkampf und unsere Aufgaben. 2. Gewerkschaftliches. Anwesend waren 45 Kameraden. Zum ersten Punkt hatte Gauleiter Janzen-Düsseldorf das Referat übernommen. Er führte den Anwesenden vor Augen, wie die Unternehmer seit Gründung des Unternehmerbundes stets bemüht waren, die Lebenshaltung der deutschen Zimmerer niederzuhalten und wie ihre Pläne schon lange dahin

gingen, durch Aussperrung großen Stills die Kassen der Gewerkschaften zu sprengen, um dadurch die Bauarbeiter niederzuknüppeln und dann wieder die Löhne nach ihrem Belieben festsetzen zu können. Diesmal sei ihnen ja das noch nicht gelungen, aber allen Anzeichen nach würden sie es im Jahre 1913 eventuell wieder riskieren. Wir müßten deshalb tüchtig agitieren und den letzten Zimmerer aufklären und dem Verband zuführen; auch müßten wir in der Lage sein, auch einen eventuellen neuen Anschlag der Unternehmer abschlagen zu können. Der große Beifall zeigte, daß die Anwesenden voll und ganz mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Unter „Gewerkschaftliches“ ersuchte Kamerad Böhme die Kameraden, die tabellarisch festgesetzte Arbeitszeit auch strikte innezuhalten, trotzdem wir leider dem Vertrage noch nicht zustimmen konnten. Nur auf einigen Plätzen werde die Arbeitszeit innegehalten; die meisten hingegen arbeiteten länger als festgesetzt sei. Hieraus ergibt man aber auch schon die Tarifreue der Unternehmer, die doch nur nach dem Tarif arbeiten lassen sollten. Auch Herr Baumeister Ehardt, dem die Aussperrung besonders am Herzen lag, und der am 15. April sich sehr bemüht hat, den letzten Zimmerer auf Straßenpflaster zu bringen, nimmt es jetzt mit der abgeschlossenen Arbeitszeit nicht so genau. Was für Tarifgegner die hiesigen Unternehmer sind, ging noch aus den Ausführungen des Gauleiters Nösch-Dresden hervor. Herr Nösch-Dresden, der Bundesvorsitzende der Unternehmer, hat ihm vor Monaten auf Ehrenwort versichert, dafür zu sorgen, sobald wie möglich einen Tarif für die ländlichen Bezirke abzuschließen. Daß dies bis jetzt noch nicht geschehen ist, beweise, daß er auf seine Getreuen keinen Einfluß hat ausüben können. Ganz Sachen sei unter Vertrag, nur für die ländlichen Bezirke Freibergs scheine es nicht möglich zu sein. Hierauf kritisierte Nösch noch das Verhalten des Gauleiters der Maurer, der, trotzdem wir gleiche Forderungen aufgestellt hatten, ohne ihn zu unterrichten, auf einen Tarifabschluß in den ländlichen Bezirken verzichtete und den Freiburger Tarif unterschrieben hat. Hierauf wurde mit dem Wunsche, die Versammlungen immer so zahlreich zu besuchen, die Versammlung geschlossen.

Guben. In unserer regelmäßigen Mitgliederversammlung am 5. Oktober hielt Kamerad Schumann aus Hamburg einen Vortrag über: „Unsere diesjährige Aussperrung, und welche Lehren ergeben sich aus ihr.“ Redner behandelte den Kampf und seine Ursachen in sehr eingehender Weise. Er legte da, welche Absichten die Unternehmer verfolgen und wie die Regierungen sich auf ihre Seite stellen. Diesmal sei es gelungen, den Schlag der Scharfmacher abzuwehren und noch recht beachtliche Verbesserungen zu erzielen, wengleich auch in einzelnen Zahlstellen mit Recht eine starke Unzufriedenheit mit dem materiellen Ergebnis bestehe. Sicher sei das eine, daß sich der Kampf wiederholen werde, und daß wir gut daran tun, schon jetzt zu rüsten durch eine rührige Agitation und eine Stärkung unserer Finanzen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In „Verschiedenes“ wurde angeregt, auch für die politische Organisation zu agitieren, damit auch wir hier am Orte bei Wahlen einen Erfolg verzeichnen könnten. Auch müsse die „Märkische Volksstimme“ mehr gelesen werden und die bürgerlichen Zeitungen müßten aus den Arbeiterwohnungen verschwinden.

Heilbronn. Am 7. Oktober tagte eine von 29 Mann besuchte Mitgliederversammlung. Als Referent war Gauleiter Järlenschmid aus Stuttgart erschienen, der die Frage behandelte: „Welche Lehren haben die Zimmerer aus der letzten Lohnbewegung zu ziehen?“ Redner erinnerte zunächst an die früheren Kämpfe, die bei weitem nicht eine solche Schärfe angenommen hätten, wie wir das bei den jetzigen Kämpfen beobachten könnten. Das Unternehmertum habe nämlich von den Arbeitern gelernt und sich straffe Organisationen geschaffen zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Bestrebungen der Arbeiter niederzuhalten. Nachdem sie nahezu ein Jahrzehnt an den Vorbereitungen zu einem Frontangriff auf die Gewerkschaften gearbeitet, hätten sie in diesem Jahre den Vorstoß unternommen, weil ihnen die Gelegenheit zur Niederknüppelung der Arbeiter günstig schien. Die baugewerblichen Gewerkschaften hätten sich aber so widerstandsfähig erwiesen, daß es den Unternehmern nicht gelungen sei, ihre Absicht zu verwirklichen, vielmehr konnten die Gewerkschaften noch Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen erwirken. Wir könnten indes sicher sein, daß der Kampf sich wiederholen werde, und daher müßte es unsere Pflicht sein, Mittel und Wege zu finden, die uns in den Stand setzen, für alle Zeiten den Bestrebungen der Unternehmer erfolgreich zu begegnen und unsere Lebenshaltung auch in der Zukunft zu einer immer mehr erträglicheren zu gestalten. Neben einer Stärkung unserer Mitgliederzahl müsse auch eine Festigung unserer Finanzen ins Auge gefaßt werden. Vielleicht empfehle es sich, daß man schon jetzt anfangs zu rüsten, damit bei dem eventuellen Kampfe 1913 den Kameraden nicht so große Lasten auferlegt zu werden brauchen. Denn die vierzehntägige Karenzzeit wie auch der tägliche Extrabeitrag hätten die Opferwilligkeit der Kameraden auf eine harte Probe gestellt. Für dieses Mal sei es nicht anders gegangen; für die Zukunft könnte man aber vorbereiten, indem man beizeiten rüste. Redner schloß seinen Vortrag mit einigen kernigen Worten, daß wir fortgesetzt die Augen offen zu halten haben, und forderte die Anwesenden auf, mehr noch als bisher für den Verband zu streben. In der Diskussion meldete sich niemand zum Wort, und schloß der Vorsitzende hierauf die schlecht besuchte Versammlung.

Anmerkung des Berichtstatters. Es wäre auch hier in Heilbronn und Umgebung am Platze, den Kameraden zuzurufen, mehr Interesse zu zeigen und die Mitgliederversammlungen zu besuchen, überhaupt sich mit allen Kräften in den Dienst der Organisation zu stellen, um den hiesigen Unternehmern zu zeigen, daß die Zimmerer sich nicht nur als Ausbeutungsobjekt gebrauchen lassen wollen, sondern daß sie auch, gleich andern Menschen, ein Recht haben auf ein menschenwürdiges Dasein. Wie notwendig das ist, zeigt ein Vorgang bei der Firma Vertsch, wo unser Vorsitzender und der Kassierer, die schon 18 Jahre dort in Beschäftigung waren, einfach entlassen wurden in der Absicht, dadurch unsere Zahlstelle zu vermindern, was aber nicht gelingen wird. Daß bei dieser Firma ein Ueber-

träger existiert, ist bekannt. Dieser schlaue Fuchs ließ sich sogar noch in den Ausschuß wählen, damit er seinem Meister auch erzählen konnte, wie es mit der Organisation steht, bis ihm endlich die Vorstandschafft auf den Hals rückte. Es ist tief zu bedauern, daß es noch solche Subjekte gibt, die in einer Zahlstelle den Spion spielen. Darum, Kameraden, sei für die Zukunft die Losung: Vorwärts, immer vorwärts!

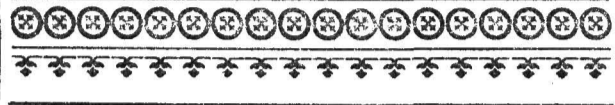
Süchov. Am 7. Oktober fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die besser besucht war, als es die Versammlungen sonst in der Regel sind. An dem Protokoll der letzten Versammlung wurden Ausstände nicht gemacht. Hierauf erhielt Kamerad Ede das Wort zu dem wichtigsten Punkt der Tagesordnung: „Die Aussperrung 1910 ein Tarifkampf und unsere nächsten Aufgaben“. Er führte ungefähr folgendes aus: Das Baugewerbe gehört mit zu den bedeutendsten im Reich, und eine Bewegung, die das gesamte Gewerbe erfasst, kann recht schnell weitere Kreise ziehen, recht schädigend auf das wirtschaftliche Leben einwirken. Aber danach haben die Unternehmer des Baugewerbes nicht gefragt. Die Strömung in ihrem Kreise, die den Kampf auf alle Fälle haben wollte, hatte Oberhand. Daher erklärt es sich auch, daß die Forderungen der Unternehmer gar so unverschämte waren, und wenn vor Beginn der Aussperrung verhandelt wurde, so haben das die Unternehmer nur als Vorwand benutzt, um ihre Absicht zu verdecken. Die Schrift der Berliner Unternehmer hat das dann auch bestätigt. Die Scharfmacher haben ihren Willen durchzusetzen vermocht und am 16. April die Aussperrung vorgenommen. Es war ein gewaltiger Kampf, ein Kampf, wie er im Baugewerbe und auch von unserm Verbande noch nicht geführt wurde. In den Nummern 39 und 40 des „Zimmerer“ ist der Umfang des Kampfes dargestellt. Es ist aber damit der Beweis erbracht, daß unser Verband auch das Bedenken über die Führung solcher großen Kämpfe. Die Bewegung ist dann durch Vermittlung Unparteiischer beigelegt worden, und zwar auf Veranlassung einer Reichsbehörde. In zentraler Stelle wurde ein Mantel, ein Hauptvertrag und ein Muster für örtliche Verträge vereinbart. Wo örtliche Verhandlungen kein Resultat zeitigten, sind dann durch Schiedspruch Lohn und Arbeitszeit festgelegt worden. Betrachtet wir den Ausgang des Kampfes, dann ergibt sich, daß die Unternehmer keine ihrer Forderungen durchgedrückt haben, daß sie aber ihrem Ziele, die Bindung der Gewerkschaften, durch den Hauptvertrag näher gekommen sind. Wir haben Lohnerhöhungen erreicht von 4 bis 10 % pro Stunde, die Verzögerung der Arbeitszeit allgemein auf zehn Stunden und in besonderen Fällen auch unter zehn Stunden erreicht. Man kann auch sagen, daß die Lohnerhöhung für die drei Tarifjahre annähernd den Lohnverlust in Höhe von rund fünf Millionen ausgleichen wird. Wenn die Unternehmerorganisation auch diesmal nicht erreicht hat, was sie wollte, so hat sie ihre Absicht nicht aufgegeben. Sie erstrebt den Abschluß eines Reichstarifes unter Ausschaltung der örtlichen Organisationen. Die Unternehmer wollen nicht mehr mit den Zahlstellen oder den Kaufleuten verhandeln, sondern im engsten Kreise mit wenigen Personen. Unsere Stellungnahme dazu ist eine genau entgegengesetzte. Unsere Tarifpolitik ist durch die Stuttgarter Resolution umschrieben, und es muß gesagt werden, daß unsere Vertreter mit Erfolg sie durchzusetzen verstanden haben. Daß unsere Tarifpolitik durchzusetzen ist, ist damit bewiesen. Eine andere Auffassung als die unsere haben aber die Unparteiischen vertreten, wenn sie auch die Durchführung noch nicht für angebracht halten. Aber nicht nur das, sondern auch in Arbeiterkreisen gehen die Meinungen weit auseinander. Da ist der Reichstarif, wenn auch nicht das ersuchte Ziel, so doch eine Erscheinung, die für die Gewerkschaften Nachteile nicht bringen kann. Zum Abschluß eines Reichstarifes, er müßte richtiger Verbandsstarif heißen, fehlen aber die Vorbedingungen. Da ist die volle Anerkennung der Gewerkschaften notwendig, da darf kein Verbot der Agitation im Vertrage sein. Das Unternehmertum im Baugewerbe gibt aber keine Gewähr dafür. An Unverschämtheit läßt es heute schon nichts zu wünschen übrig. Welche Forderungen dann die Unternehmer an die Organisation stellen würden, läßt sich ausdenken, wenn man die Schreiben der Unternehmerorganisationen von Elsaß-Lothringen und aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet durchliest. Es wird also eine Aufgabe der nächsten Zeit sein, sich mit der Tarifpolitik zu beschäftigen, und besonders wird es Aufgabe der nächsten Generalversammlung sein, diese Frage recht eingehend zu behandeln. Damit darf es allein nicht genug sein. Die Unternehmer haben, wie gesagt, ihren Plan nicht aufgegeben, sie werden versuchen, ihn 1913 durchzusetzen. Wir dürfen auch nichts darauf geben, daß die Berliner und Hamburger Unternehmer nicht mit ausgesperrt haben, sie werden das künftig tun. Mit Bestimmtheit wird das Jahr 1913 ein Kampfsjahr werden; wir müssen den Kampf aufnehmen, ob wir wollen oder nicht, das Unternehmertum wird dazu drängen. Da erwacht uns jetzt schon die Aufgabe, zu rüsten, neue Mitglieder zu werben, die Finanzen des Verbandes so zu gestalten, daß wir den Kampf aus eigener Kraft führen können. Das, was die Kameraden in neun Wochen geleistet haben, müßte möglich sein, bis zum 1. April 1913 aufzubringen. Aber auch hierüber muß Klarheit herrschen, damit die Generalversammlung Beschlüsse fassen kann, die nur zum Vorteile des Verbandes sind. Also rüsten und immer wieder rüsten müssen wir. In der Diskussion vertrat Kamerad Greiner die Ansicht, daß eine Beitrags-erhöhung von der Generalversammlung beschlossen werden muß. Von der Beschlussfassung über die Beitragsleistung für den Winter wurde noch Abstand genommen, darüber soll die nächste Mitgliederversammlung beschließen. Nachdem der Auswähler der Reiseunterstützung gewählt war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Königsbühne. Am 12. Oktober referierte Kamerad Schönfelder aus Hamburg über: „Die Aussperrung im Jahre 1910 und unsere nächsten Aufgaben“. Er vermittelte mit zahlreichen Beispielen auf die Entwidlung der Tarifverträge hin und schilderte dann die Aussperrung, womit das Unternehmertum sein Ziel noch nicht erreicht hat. Der Unternehmerrbund für das Baugewerbe rüstet schon wieder für das Jahr 1913. Deshalb müssen auch wir wieder mit allen Kräften daran gehen, die uns noch fernstehenden Zim-

merer in unsere Reihen zu bringen und unsere Finanzen zu stärken. Die nächste Generalversammlung müßte sich entscheiden, ob wir uns dem Unternehmerrbund preisgeben oder für das lokale Selbstbestimmungsrecht kämpfen wollen. Kamerad Schmoß erstattete Bericht über die Ausgaben während der Aussperrung. Er führte dazu aus, daß die Sache bei uns vielleicht besser stünde, wenn die Unternehmer ausgesperrt hätten. Viele Zimmerer in Oberschlesien denken immer noch, sie würden niemals ausgesperrt. Radner forderte auf, die rückständigen Extramarken zu kaufen. Wer das nicht tut, verliert das Recht auf Arbeitslosenunterstützung. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Sterbetafel.

Bremen. Am 4. Oktober 1910 verstarb **Alb. Jahn** im Alter von 62 Jahren.
Frankfurt a. M. Am 6. Oktober verstarb unser Kamerad **Adam Braun** aus Brentthal im Alter von 64 Jahren.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Am 12. Oktober stürzte in Weizenburg der Hirsch & Richter'sche Neubau einer Seifenfabrik ein. Das aus Eisenbeton hergestellte Dach, der Lager- und Kontorräume brach zusammen und durchschlug die Zwischendecken. Der Zimmerer Banse war beim Fußboden beschäftigt; er erlitt einen Arm- und Beinbruch sowie innere Verletzungen. Der Bauarbeiter Müller mußte unter den Trümmern hervorgezogen werden; er erlitt ebenfalls einen Beinbruch und innere Verletzungen und mußte in das Krankenhaus geschafft werden. Der Maurer Schuldt, der die Einschalung fortgenommen hatte, konnte sich in eine Fensternische retten und kam mit einer leichten Fußverletzung davon.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Arbeitslosenzählung. Das Dresdner Gewerkschafts-fartell hat am Freitag, 30. September, eine Zählung der Arbeitslosen vorgenommen. Gezählt wurde nur an dem einen Tage; die Zählung ist also nur eine Stichprobe. Von den 55 dem Gewerkschaftsartell angeschlossenen Gewerkschaften, die 72 Zahlstellen haben, haben sich 38 Gewerkschaften mit 45 Zahlstellen beteiligt. Das Ergebnis ist das folgende:

Gewerkschaft	Befragte Mitglieder	Davon arbeitslos	In Prozenten
Aspalteure	108	—	0,00
Bauhilfsarbeiter	2081	100	4,81
Bildhauer	200	21	10,50
Bildhauer, Potschappel	22	—	0,00
Blumenarbeiter	212	10	4,71
Böttcher	256	8	1,17
Buchdrucker	1532	109	7,11
Buchdruckereihilfsarbeiter	900	13	1,44
Bureauangestellte	264	5	1,89
Dachdecker	210	—	0,00
Fabrikarbeiter	3175	12	0,37
Fabrikarbeiter, Plauenscher Grund	2168	6	0,27
Fleischer	90	8	9,89
Frisiergehilfen	150	22	14,67
Gärtner	319	9	2,82
Gastwirtsgehilfen	377	33	8,75
Gemeindegewerkschaften	1490	5	0,33
Glasarbeiter	170	2	1,18
Handlungsgehilfen	802	5	0,62
Holzarbeiter	4810	94	1,95
Holzarbeiter, Wildstruff	170	3	1,76
Hutarbeiter	2170	293	13,50
Lederarbeiter	180	1	0,56
Lederarbeiter, Deuben	71	—	0,00
Lithographen und Heizer	1038	76	7,32
Maschinenisten und Heizer	358	8	2,23
Maschinenisten u. Heizer, Plauenscher Grund	165	2	1,21
Maurer	2024	32	1,58
Metallarbeiter	14328	195	1,37
Porzellanarbeiter, Potschappel	125	—	0,00
Sattler und Portefeuller	432	7	1,62
Schmiede	935	14	1,49
Schuhmacher	1699	9	0,53
Steinarbeiter	400	—	0,00
Steinseher	97	6	6,19
Stuffateure	93	1	1,07
Tabakarbeiter	1876	26	1,55
Tabakarbeiter, Deuben	411	5	1,21
Tabakarbeiter, Gänichen	99	3	3,03
Tapetier	396	2	0,50
Textilarbeiter	510	7	1,37
Töpfer	370	19	5,13
Transportarbeiter	4095	24	0,58
Zimmerer	1047	5	0,48
Zivilmusiker	167	16	10,18
Zusammen	52392	1212	2,31

Davon sind 45 697 männliche Mitglieder, von denen 880 oder 1,92 pZt. arbeitslos waren; weibliche Mitglieder 6695, davon 332 oder 4,96 pZt. arbeitslos. Kranke und Invaliden sind nicht mitgezählt. Von den Gezählten haben am 30. September 58 ausgefehlt. Außerdem haben bei den Tabakarbeitern 25 männliche und 112 weibliche im Monat September 18 Tage ausgefehlt. Als auf der Reise befindlich haben sich am 30. September 48 gemeldet, die in der Zahl der Arbeitslosen nicht mit enthalten sind.

Der Streik bei der Firma Kupfer & Co. in Moabit, der zum Anlaß genommen worden ist, die umfangreichen Kramalle zu protzieren, die noch recht lange von sich reden machen werden, ist beendet. Die alten Leute sind wieder eingestellt und für den 1. April 1911 ist eine Lohnerhöhung versprochen. Wie das Organ des Transportarbeiterverbandes, der „Courier“, in seiner neuesten Nummer feststellt, hat es sich auch in diesem Falle lediglich um einen Lohnkampf gehandelt, wie er zu Hunderten täglich in Deutschland ausgefochten wird. Und doch sieht sich der „Vorwärts“ veranlaßt, die nachziehende Warnung zu erlassen:

Habt acht vor Spießeln!

Von verschiedenen Seiten geht uns die Mitteilung zu, daß in gewerkschaftlichen und politischen Kreisen unbefannte Leute, deren Kommissärskleidung den Kriminalschutzmann verrät, in Kreisen über die Moabiter Vorgänge Gespräche mit Arbeitern beginnen. So mancher, der des Fragers Art und Herkunft ahnt, glaubt diese Forscher durch Flatterereien mit allerlei Ungeheuerlichkeiten foppen zu müssen. Es ist das eine sehr gefährliche Methode. Denn niemand kann wissen, ob nicht die Ulferei von der Behörde, der der Gesprächslustige die Nachricht später vielleicht noch in gänzlich entstellter Gestalt übermittelt, als bare Münze erachtet und dann eine Anklage gegen den harmlosen Erzähler gebaut wird. Man weise deshalb solche Versuche zu Erzählungen über Moabiter Vorgänge zurück und hüte sich vor scherzhaftem Vramarbasieren.

Der Eisenbahnerkrieg in Frankreich. In Frankreich, wo die Eisenbahnen in der Mehrzahl noch nicht im Besitze des Staates sind, sondern im Besitze von privaten Gesellschaften, sind die Bahnbediensteten in einen Streik eingetreten, der sich rasch über ganz Frankreich verbreitet und den Verkehr nahezu stillgelegt hat. Die ganze kapitalistische Welt ist darüber in Schrecken und Wut geraten. An der Spitze der französischen Regierung steht ein ehemaliger Sozialist, der lange Jahre für den Generalstreik Propaganda gemacht hat und nun seine ehemaligen Genossen genau so bekämpft, wie der wütendste Reaktionär und Kapital-schweinigel. Die Streikenden haben zu ihrer Rechtfertigung den nachstehenden Aufruf erlassen:

Warum streiken die Eisenbahner?
 Die Eisenbahner streiken erstens, weil das ihr gesetzliches Recht ist. Weil sie nach allen oft wiederholten, doch niemals gehaltenen Versprechungen feststellen: die Eisenbahngesellschaft und die Regierung haben sich gegen die Arbeiter verschworen; die Arbeiter können nur auf die eigene Kraft hoffen, um ihre Arbeitsbedingungen und ihren Lohn zu bessern. In dem Moment, wo dieser so gigantische und so erste Konflikt ausgebrochen ist, wollen die Eisenbahner die Verantwortlichkeit eines jeden präzisieren. Sie sagen:

Den Regierenden!
 Ihr seid die wirklichen Verantwortlichen; denn nachdem Ihr uns geschmeichelt habt, nachdem Ihr uns gegenüber die Berechtigung unserer Beschwerden anerkannt habt, habt Ihr unsere Geduld und unsere Mäßigung mißbraucht und nichts getan, um unsere Vorgesetzten zum Nachgeben zu bewegen.

Die Kammer hat erklärt, daß sie bereit sei, dem Artikel 9 des Gesetzes über unsere Pensionen rückwirkende Kraft zu verleihen. Ihr habt nichts getan, um diesen Beschluß zu sanktionieren.

Ihr konntet einen Druck ausüben auf die Eisenbahngesellschaften, um sie zu Verhandlungen mit dem Nationalen Syndikat, das 100 000 Mitglieder zählt, zu zwingen.

Ihr habt es nicht getan!
 Ihr konntet gegen die Gesellschaften das öffentliche Interesse geltend machen:

Ihr habt es nicht getan!
 Ihr konntet gegen die Gesellschaften die Strenge des Eisenbahngesetzes geltend machen:

Ihr habt es nicht getan!
 Im Gegenteil: Ihr habt Euch gegen uns gewandt: Ihr habt von der Möglichkeit der Mobilisation gesprochen und habt so den Gesellschaften gegenüber Eure Macht aus den Händen gegeben, habt Euch zu Knechten dieser Gesellschaften gemacht.

Stets ist die Regierung die Gefangene der Finanzmacht der Eisenbahnen geblieben.

Im Jahre 1883 hat die Regierung die skandalösen Konventionen zugelassen, die es den Gesellschaften gestatten, Dividenden an Leute auszuschütten, deren Kapital längst zurückgezahlt ist.

Während elf Jahren, bis 1909, habt Ihr unter dem Einfluß der Gesellschaften das Gesetz Vertaux-Rabier-Jaurès unterdrückt. Als es endlich votiert wurde, habt Ihr die den Arbeitern günstigsten Bestimmungen amputiert. Ihr habt uns von den Wohlthaten des Gesetzes über den allwöchentlichen Ruhetag ausgeschlossen.

Aber Ihr habt auf der andern Seite im Jahre 1909 den Aktionären der Westbahn ein Geschenk von fünfhundert Millionen zum Schaden des Staates gemacht.

Wo es sich um die Interessen der „Großen“ handelt, seid Ihr sehr leicht bereit, Ausgaben zu machen.

Wo es sich um die „Kleinen“ handelt, erhalten sie nie etwas.

Ihr seid daher ebenso verantwortlich für den ausgebrochenen Konflikt, dies um so mehr, als einzelne unter Eu' unsere Erzähler waren und einst dazu beigetragen haben uns die Schäden der bestehenden Gesellschaft erkennen zu lassen.

Der Bourgeois!
 Wir sagen: wir sind es satt, um einen Hungerlohn zu arbeiten, uns von den Buffern zermalmen zu lassen. Wir wollen einen kürzeren und weniger erschöpfenden Arbeitstag.

Wir wollen besseren Lohn.
 Durch unsere Arbeit vermehren wir tagtäglich Euren Reichtum. Wir tragen tagtäglich für Euch unsere Knochen zu Markte. Ihr wollt Euch nicht unseres Elends erbarmen.

Ihr tragt die Verantwortung für den ausgebrochenen Streik; denn Ihr habt es unterlassen, die Repräsentanten Eurer Macht darauf hinzuweisen, daß mehr Gerechtigkeit und Billigkeit notwendig sei.

Den Arbeitern!
Wir sagen allen Arbeitern der andern Berufe, daß sie uns in diesem Kampfe helfen müssen.
Viele werden sich durch unsern Streik geschädigt fühlen; aber sie müssen erwägen, daß wir ihre Glendgenossen sind, die so kämpfen, um ein klein wenig bessere Lebensbedingungen zu erreichen.
Wir haben es satt, uns unter das Joch der Eisenbahnkönige zu beugen; wir wollen unsern Wunsch nach Befreiung kundgeben, den Willen, unsere Arbeit in ein richtigeres Verhältnis zu bringen zu den Profiten der Parasiten, der Aktionäre.
Arbeiter aller Berufe! Wir sind besiegt, wenn ihr uns nicht versteht und uns nicht alle eure Sympathie schenkt!

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 1. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Moabiter Krawalle. — Das neueste Leben Jesu. Von R. Kautsky. — Ein Parteikonkret über den Kleingrubenbesitz. Von Oda Olberg. — Die paritätische Arbeitsvermittlung in der Holzindustrie. Von Fritz Tarnow. — Literarische Rundschau: Ferdinand Reichsritter v. Pann, Die Hochfinanzpolitik Hohenzollerns und der österreichischen Bauernschaft. Von M. N. Karl Grünberg. Die Agrarverfassung und das Grundbesitzungsproblem in Bosnien und der Herzegowina. Von J. Karsti, Dr. Janaz Poljšan. Das Massenproblem unter besonderer Berücksichtigung der theoretischen Grundlagen der jüdischen Massenfrage. Von G. Eckstein. — Zeitschriftenchau.
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 ¢. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.
In Freien Stunden. Wochenschrift für Arbeiterfamilien. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 ¢.
Die jetzt wieder beginnenden langen Winterabende lassen in vielen Familien den Wunsch nach guter Unterhaltungsliteratur rege werden. Da möchten wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die „Freien Stunden“ von unserm Parteiverlag geschaffen wurden, um das Unterhaltungsbedürfnis in den Arbeiterfamilien zu befriedigen.
Gute Romane, Novellen, Skizzen, Humoresken sowie kurze Abhandlungen populär-wissenschaftlicher oder hauswirtschaftlicher Natur sorgen dafür, daß jedes Familienmitglied etwas Interessantes in den Heften finden wird. Neuzugleitende Abonnenten können die bereits erschienenen Hefte dieses Halbjahrganges nachgekauft und haben somit Gelegenheit, den gegenwärtig erscheinenden spannenden Hauptroman „Der rote Jason“ von Hall Gaine vollständig zu lesen. Wir empfehlen unsern Lesern, sich durch ein Probeabonnement von der Reichhaltigkeit der „Freien Stunden“ zu überzeugen. Gleichzeitig bittet uns der Verlag, zufolge vieler Anfragen nochmals darauf hinzuweisen, daß das angekündigte Kunstblatt im Dezember zur Ausgabe gelangt und allen Lesern des letzten Halbjahresbandes unentgeltlich geliefert wird.
Bestellungen auf „In Freien Stunden“ nehmen alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Postanstalten entgegen.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Dienstag, den 25. Oktober:

Bernau: Abends 8 Uhr bei Otto Bierkorn, Weinbergstraße 18. — **Cöln:** Abends 9 Uhr im Volkshaus, Severinsstraße 197/199. — **Posen:** Eine halbe Stunde nach Feierabend im „Schweizerhof“, Kronprinzenstraße 104. — **Saarbrücken, Bezirk Wölklingen:** Abends 8 Uhr in Vermees Gasthaus „Zum Kriegerdenkmal“.

Mittwoch, den 26. Oktober:

Cöln, Bezirk Nippes: Abends 9 Uhr bei Zimm, Florastraße 80. — **Eisenach:** Nach Arbeitschluss im „Goldenen Engel“, Katharinenstr. 147.

Donnerstag, den 27. Oktober:

Wanne: Abends 8 Uhr bei Homburg, Schulstr. 9.

Freitag, den 28. Oktober:

Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wolfhager Straße 5/7. — **Coburg:** Im Gasthof „Goldener Hirsch“, Subengasse. — **Jena:** Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Sonntag, den 29. Oktober:

Aken: Abends 8 Uhr in der Herberge. — **Bergedorf:** Abends 8 Uhr bei D. Wandte, „St. Petersburg“. — **Blankenhain i. Thüringen:** Abends 8 Uhr. — **Saderleben:** Abends 8 Uhr in der Zentralherberge, Gostierstr. 731. — **Serne:** Abends 8½ Uhr bei Krel, Von-der-Seydt-Straße. — **Söcht a. W.:** Jeden Sonntagabend von 5 bis 6½ Uhr abends im Gasthaus „Zum Vogel Rock“. — **Iserlohn:** Bei Gustav Lange, Am Bach. — **Winden, Bezirk Deynhausen:** Bei Küster, Am der Werrabrücke. — **Mühlhausen i. Thür.:** Abends 8½ Uhr im „Burgkeller“. — **Nauen:** Im „Volksgarten“. — **Neubrandenburg:** Abends 8 Uhr im Amthaus-Gewerkschaftshaus. — **Rathenow:** Abends 8 Uhr im Allegischen Restaurant, Mühlstr. 26. — **Remscheid:** Abends 8½ Uhr bei Driese, Wismarstr. 13. — **Rudolstadt:** Nach Feierabend im „Gambinus“. — **Schönebeck:** Im „Bürgerhaus“, Breiter Weg. — **Singen a. Soden:** Abends 8 Uhr in der „Germania“. — **Weisweil:** Jeden Sonntagabend Zahlabend im Volkshaus, Werleburger Straße. — **Witten.** — **Wolfenbüttel:** Abends 8 Uhr im Gasthof „Zur Tanne“.

Sonntag, den 30. Oktober:

Arnswalde: Nachm. 3 Uhr im „Goldenen Löwen“. — **Barmen-Eberfeld:** Vorm. 10½ Uhr im Gewerkschaftshaus in Barmen, Parlamentstr. 5. — **Belzig:** Nachm. 3 Uhr bei Thiele, Sandberg. — **Bergan b. Celle, Bezirk Hermannsburg:** Nachm. 2½ Uhr bei Stolle. — **Bielefeld:** Vorm. 9½ Uhr in der „Zentralhalle“, Kaiser-Wilhelm-Platz. — **Bitterfeld:** Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Hohenzollern“. — **Boizenburg:** Nachm. 3 Uhr bei D. Ohle, Gaitshaus „Zur Sonne“. — **Burg a. Fehmarn:** Nachm. 3 Uhr beim Gastwirt Kroll. — **Crefeld:** Vorm. 11 Uhr bei Zillenbach, Marktstraße. — **Emden:** Vorm. 11 Uhr im Hotel „Velleve“. — **Flottbek:** Nachm. 4 Uhr bei David in Döckenhuden. — **Friedland i. Mecklenburg:** Nachm. 4 Uhr bei N. Siebert. — **Fürstenwalde:** Vorm. 9½ Uhr im Lokal von Thomas, Windmühlensstraße. — **Gagen i. W.:** Vorm. 10½ Uhr bei Ernst Freil, Nembergstr. 21. — **Hamm i. W.:** Nachm. 2 Uhr im Lokale Königstr. 34. — **Seide:** Nachm. 4 Uhr bei Off. — **Hohenfelza:** Nachm. von 3 bis 5 Uhr bei Wenzel, Bismarckstr. 1. — **Königs-Lutter:** Nachm. 3 Uhr im Restaurant „Zum Hofjäger“. — **Lauenburg:** Nachm. 4 Uhr bei Paul Paap, Göttrike. — **Memel:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 3d. — **Meuselwitz:** Nachm. 2½ Uhr „Zum Deutschen Kaiser“. — **München-Gladbach:** Vorm. 11 Uhr bei van Vaal, Mendter Straße. — **Neuruppin:** Nachm. 3 Uhr in Schülers Gaitshaus. — **Oberhausen:** Vorm. 10 Uhr bei Hermanns, (alte Grenz- und Lothrinaer Straße. — **Pinneberg:** Nachm. 4 Uhr in der „Zentralhalle“. — **Saarbrücken, Bezirk Zweibrücken:** Vorm. 10 Uhr im „Goldenen Stern“. — **Schneidemühl:** Nachm. 5 Uhr bei Hugo Frost, Breite Straße 41. — **Segeberg:** Nachm. 4 Uhr im „Hotel International“. — **Sonneberg:** Nachm. 3 Uhr bei Rudolf Schmidt (Kochentopf). — **Stadthagen:** Nachm. 4 Uhr im Gaitshaus „Niederjachsen“ bei W. Wedderhahn. — **Trier:** Vorm. 11 Uhr in der Unionbrauerei, Jakobstraße. — **Treptow a. d. S.:** Nachm. 4 Uhr im Vereinslokal bei Wilhelm Verndt. — **Warin:** Abends 6 Uhr in der Herberge. — **Weilheim i. Oberbayern:** Vorm. 10 Uhr im Gasthof Schnapper. — **Werder:** Nachm. 4 Uhr bei M. Koch, Fischerstr. 98. — **Wernigerode.** — **Zossen:** Nachm. 3 Uhr bei Paul Kugner, Paruther Straße 10.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrückt. Das Geld in ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich unter der Adresse August Fringmann, Hamburg I, Pfenbinderhof 57/66, 3. St., einzuliefern. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 ¢ per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken, sondern bares Geld zu senden.)

Codesanzeige.

Am 6. Oktober starb nach kurzem Krankenlager der fremde Zimmergeselle [M. 3,60]

Heinrich Priess

aus Lebrade i. Holst.
Ein treues Andenken bewahren ihm
Die fremden Zimmergesellen in Luzern.

Nachruf.

Am 10. Oktober verschied nach kurzem Krankenlager unser Kamerad [M. 4,20]

Paul Gensel

aus Eberstadt b. Gotha.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden
der Zahlstelle Eisenach II (Ruhla).

[M. 3,60]

Nachruf.

Am 12. Oktober starb als Opfer seines Berufes unser treuer Kamerad [M. 4,20]

Friedrich Voigt

im Alter von 64 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Zahlstelle Landsberg a. d. W.

[M. 3,60]

Nachruf.

Am 11. Oktober verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Kamerad [M. 4,20]

Jean Kröll

aus Bischofsheim im Alter von 47 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Zahlstelle Frankfurt a. M. und Umg.

Boizenburg a. d. E.

Das Umschauen ist verboten. Zureisende Mitglieder haben sich zu melden bei [90 ¢]

W. Koch, Marktstr. 301,

wo sie Auskunft über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und bei vorliegender Arbeitsgelegenheit Arbeit angewiesen erhalten.

Zahlstelle Berlin und Umg.

Donnerstag, den 10. November, abends 8 Uhr:
Zahlstellen-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15 (Saal 1).
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom dritten Quartal.
2. Verliche Verbandsfragen. Referent: Kamerad Witt.
Vollständiges Erscheinen der Delegierten und Zahlstellenfunktionäre ist Pflicht. [M. 1,30] Der Vorstand.

Zahlstelle Augsburg.

Der Zahlstellenvorsitzende Michael Eggers wohnt Drentwettstr. 9, Rückgeb., 1. St. [50 ¢] Der Vorstand.

Zahlstelle Dortmund u. Umg.

Das Umschauen ist verboten. Reisende Mitglieder haben sich beim Vorsitzenden W. Schröder im Gewerkschaftshaus, Lessingstr. 32, 3. St., zu melden, wo sie Auskunft über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse und bei vorliegender Arbeitsgelegenheit Arbeit angewiesen erhalten. [70 ¢] Der Vorstand.

Zahlstelle Essen.

Umschauen verboten. Reisende Mitglieder haben sich auf dem Verbandsbureau, Venusstr. 70, 1. St., zu melden. [50 ¢] Der Vorstand.

Achtung, Zimmerer

Marienburgs u. Umgegend!

Wichtigkeithalber wird bekannt gemacht, daß in der Versammlung beschlossen worden ist, daß die Monatsversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat und die außerordentlichen Versammlungen den ersten Sonntag nach dem 15. Januar, April, Juli und Oktober stattfinden. Die Mitglieder, welche eine außerordentliche Versammlung veräumen, bezahlen eine Strafe von 50 ¢ und bei Veräumung einer Monatsversammlung 25 ¢. Dasselbe wird von der Arbeitslosenunterstützung abgezogen. [M. 1,30] Der Vorstand.

Zahlstelle Schwerin.

Es wird dringend ersucht, nicht früher umzuschauen, bevor sich die Kameraden beim Unterzeichneten gemeldet haben. Meldestelle ist jetzt beim Kassierer.

H. Robertus, Werderstr. 7.

Meldezeit von 12 bis 1 Uhr mittags und nach 6 Uhr abends. [80 ¢] Der Vorstand.

Theod. Ohrt, sende Deine Adresse an K. Seifert, Altona, Lohmühlensstr. 36. [60 ¢]

Gesucht wird in seinem eigenen Interesse der Zimmergeselle Harald Fock aus Ahrensböck von seinem Vetter

Aug. Evers, Lübeck, Königstr. 87, 2. St.

Bauschule Rastede i. O.

Meister- und Polierkurse. Erfolgreiche Vorbereitung auf die Meisterprüfung. Vollständige Ausbildung in einem Winter. Schulbeginn am 2. November. Programm frei.

Bauschule zu Berlin

Neanderstr. 3, Inhaber Arthur Werner.

Meister- und Polierkurse. Gediegenste und schnellste Ausbildung zum Meisterexamen, zum Techniker und Architekten

:: Abendkurse :: Tageskurse ::

Bauschule

Zetel i. Oldbg.

Meister- und Polierkurse. Nachweislich erfolgreiche Ausbildung innerhalb 5 Monaten. Schulbeginn 1. November. Lehrplan frei.

Zimmerer Deutschlands!

Islander, prima 2 ¢ schwer, M. 7; Dresdener Zimmermannshoje à Paar M. 4,50; garantiert echt schwarze Samthoje M. 10; prima Lederhoje, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2½ ¢ schwer) M. 4,50; echt braune und echt schwarze Manchester-Hosen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6; Jacketts (eins- und zweireihig), Sorte I M. 15, Sorte II M. 12, mit gutem, warmem Futter; garantiert echt schwarze Samtweste, zweireihig (Perlmutterknöpfe), a Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21. Neu! Garantiert echt schwarze Lederhoje, Dreidrahtgewebe, mit Lederriemen, à Paar M. 6; Jacketts mit warmem Futter M. 11; Hoje, Sorte II M. 5, Jackett M. 10; nach Maß zu gleichen Preisen verfertigt bei Bestellungen von M. 10 an überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie die Preisliste frei!

Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4
Verfahhaus und Fabrikation für Zimmerer und Maurer.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.